

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 110

Juni/Juli/August 2022



Friedenstreiber:innen gesucht

INHALT

Ein langer Weg zu Biolandwirtschaft im LK Celle	
Strohschweine, Minister und Feldberegnung	3
Kinders Abschied & Breite Straße	5
Oberbürgermeister untersagt Gendern	
Gleichstellung ohne Plan	6
Genderstern im Rechtsstaat unverzichtbar	7
Feminizid an Êzîdin aus Wathlingen	8
Spätverkehr weiter im Versuchsstadium	
ÖPNV bald OnDemand	9
Profilierteste Persönlichkeit der jungen Rechten	
Zu „Jugendsünden“ eines OLG-Richters	11
Meldungen	12
Laternengespräche:: Peacemaker	14
Zuspitzung des kapitalistisch-patriarchalen Systems	
Militarisierung ist keine Solidarität	16
Grenzenlose Gewalt // Abschiebung nach Albanien	19
Rezension: Autrokorrektur	20
Interview mit Lorenz Gösta Beutin, Die Linke	
Kapitalismus grün anmalen reicht nicht	21
Rede von Jochen Neumann zu Ostern vor Rheinmetall	
Soziale statt militärischer Verteidigung	23
Neues in der Stadtbibliothek	27
Auf die Bretter, die die Welt bedeuten	28
Veranstaltungen	30
Kino & Kultur - Termine	31



Liebe Lesende,

auf unserm Titel seht ihr ein Foto der Skulptur des schwedischen Künstler Carl Fredrik Reuterswärd.; Titel: Non-Violence. Die bekannteste steht vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen in New York. Die "Knotted Gun" (zu Deutsch "verknoteter Revolver") steht für Waffenstillstand und Gewaltlosigkeit. Unsere Titelbild zeigt die in Malmö. Auch vor dem Kanzleramt in Berlin ist eine zu sehen. Wirkung auf Deutschlands Handeln und die mediale Wucht der Forderung nach kriegsverlängernden Waffenlieferungen hat sie nicht. In Deutschland kennen wir nur das Wort „Kriegstreiber“, dabei wären jetzt „Friedenstreiber:innen“ gefragt. Im zweiten Teil findet Ihr dazu Artikel und Überlegungen.

Ansonsten haben wir das Heft wieder problemlos mit lokalen Themen füllen können. Auch da ist das allermeiste wenig erfreulich. Aber wir verstehen unseren „Job“ eben so, Euch das eine oder anderen Argument mitzugeben, damit sich die Zustände ändern.

Trotz alledem gibt's am 12. August wieder die kultige revista-Minigolf-Open. Wir hoffen die eine oder den anderen von Euch dort zu sehen.

Eure revista

Titelfoto: Francois Polito, CC BY-SA 3.0
<<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>>, via Wikimedia Commons



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint im Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Strohschweine, Minister und Feldberegnung

Am 13.04.2022 besuchte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir den Becklinger Landwirt Jan-Hendrik Hohls. Einen Landwirt, der bezüglich der Haltung seiner Schweine vorbildliches leistet: Durch eigene Nachzucht der Ferkel, die Haltung der Schweine auf Stroh und in Kleingruppen, mit separaten Futter-, Liege- und Bewegungsbereichen und gewissem Auslauf ins Freie und durch den hohen Rauhfutteranteil wird das natürliche Instinkt- und Sozialverhalten der Tiere erhalten. Das wusste auch Minister Özdemir zu loben, versäumte aber nachzufragen, woher eigentlich die Futtermittel für die Schweine kommen und warum der Betrieb keine Umstellung auf Biolandwirtschaft anstrebt. Dann hätte Özdemir wahrscheinlich aus erster Hand erfahren, welche Hausaufgaben sein Ministerium noch erledigen müsste, um solche Umstellungen zu beschleunigen. Stattdessen erklärte Özdemir ganz frech, dass es inzwischen keine großen Unterschiede mehr zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft gebe. Von wegen ...

Warum Umstellung 100% auf ökologische Landwirtschaft?

Formal trägt die Landwirtschaft in Deutschland ca. 16% zu den Treibhausgas (THG)-Emissionen bei. Rechnet man die in Form von Futtermitteln importierten Treibhausgase dazu, ist der Anteil eher noch höher. Zum THG-Ausstoß in Form von Lachgas (N₂O) verursacht durch Stickstoff(über)düngung – auch durch die Gülle aus Massentierhaltung – kommt noch die Verseuchung des Grundwassers durch Nitrat. So eignen sich bereits 28% des Grundwassers in Deutschland nicht mehr zur Nutzung als Trinkwasser. Auch der Einsatz von Herbiziden, Pestiziden und Fungiziden in der konventionellen Landwirtschaft vergiftet die Umwelt für Mensch und Tier.

2022 werden laut Umweltbundesamt 980 verschiedene „Pflanzenschutzmittel“ in Deutschland eingesetzt, was einen Austrag von 8,8 Kilogramm Pflanzenschutzmittel beziehungsweise 2,8 kg Wirkstoff je Hektar Anbaufläche bedeutet. Wenn wir also Klima-, Umwelt- und Artenschutz ernst nehmen, ist eine 100%-ige Umstellung auf Ökologische Landwirtschaft unumgänglich.

Das würde bedeuten: keine Massentierhaltung mehr, keine Produktion für den Weltmarkt, stattdessen Reduzierung der Tiere auf eine ausschließlich durch lokalen Futtermittelanbau ernährbare Anzahl. Auch darf kein Futtermittel- oder Energiepflanzenanbau in Konkurrenz zum Lebensmittelanbau stattfinden. Der Ackerbau muss mit an Boden und Klima angepassten Pflanzen erfolgen. Die bisherige Düngung muss zu hohen Anteilen durch Mist und Kompost ersetzt und die Bodenfruchtbarkeit

durch Humuserhalt und Humusaufbau verbessert werden. Und auf den Einsatz von „Pflanzenschutzmitteln“, die menschliche Gesundheit und die Artenvielfalt beeinträchtigen, muss vollständig verzichtet werden.

Der „Niedersächsische Weg“ wurde zum Irrweg!

Der sog. „Niedersächsische Weg“, eine Ende 2020 abgeschlossene Vereinbarung zwischen BUND, NABU, Landvolk, Landwirtschaftskammer, Landwirtschaftsministerium und Umweltministerium, sieht bis 2030 eine Umstellung auf 15% Ökologische Landwirtschaft vor. Da 2020 in NDS die Ökologische Landwirtschaft erst bei knapp 5% lag, würde eine 100%-ige Umstellung auf Grundlage dieses „Umwegs“ bis zum Jahr 2115 dauern. Aber allein aus Klimaschutz-Gründen müsste diese Umstellung bis spätestens 2045 abgeschlossen sein.



"Glücklich" bis zum Bolzenschussgerät

Auch auf Pflanzenschutzmittel wird beim NDS-Weg nur in Naturschutzgebieten verzichtet. Ein freiwilliges Reduktionsprogramm für alle Flächen sollte laut Vereinbarung bis Mitte 2021 entwickelt werden, kam aber bislang nicht zustande. Dabei dauert die Umstellung von konventionellem auf ökologischen Betrieb ca. 10 Jahre!

Statt ein schnelles Durchstarten zu bewirken, wird so der Niedersächsische Weg unter dem Beifall der Agrarmafia zur Alibi-Veranstaltung.

Grundwasservergeudung und Nitratbelastung statt ökologischem Umbau

Gerade konnte man in der CZ lesen, der Oberverband Feldberegnung Celle beharre auf Ausweitung der für die Feldberegnung erlaubten Grundwassermengen um 70% von bislang 18,4 auf 31,9 Millionen Kubikmeter. Begründung ist widersprüchlicher Weise die zunehmende Trockenheit, was ja – wenn man nicht endlose Grundwasservorräte voraussetzt – zum Verkürzen statt zur Ausweitung der Entnahmemenge führen müsste.

Weiteres Argument ist die Ausweitung der Anbauflächen um ca. 30% in den letzten 20 Jahren, wobei es sich vor allem um den im Hochsommer besonders wasserduurstigen Mais für Biogasanlagen handelt. Obwohl in der Praxis die beregnenden Bäuerinnen und Bauern fast überall im Landkreis ihre Pumpen immer tiefer hängen müssen, um noch an Grundwasser zu kommen, hat sich der Oberverband Feldberegnung Celle ein theoretisches Gutachten bestellt. Wunschgemäß prophezeit dieses hydrogeologische Gutachten, sogar unter angeblicher Berücksichtigung des Klimawandels, bis zum Jahre 2050 genug Grundwasser zur Feldberegnung im Landkreis Celle. Seltsam, dass man zeitgleich in der ARD TV-Dokumentation „Bis zum letzten Tropfen“ erfahren konnte, dass die in diesen hydrogeologischen Gutachten verwendeten Berechnungsmethoden wissenschaftlich überholt sind. Der Trick: Sie rechnen immer noch Daten aus Vor-klimawandelzeiten in die Zukunft hoch. Ja, der Film zeigte sogar, dass die Lüneburger Heide inzwischen zu den Gebieten mit dem weltweit größten Grundwasserrückgang zählt. Ursache: Man entnimmt weiterhin gleichviel oder sogar mehr Grundwasser, obwohl die Grundwasserneubildung seit ca. 2005 signifikant abgenommen hat. Trotz der mit dem Klimawandel eher zunehmenden Niederschlagsmengen in Niedersachsen sinken nämlich durch die ungleichmäßigere Jahresverteilung und die Zunahme von Trocken- und Hitzeperioden die versickernden Wassermengen.

Aber Celle könnte ja – wie das Gutachten suggeriert – ein Ort der glückseligen Landwirte sein, wo nach wie vor alles Grundwasser der Lüneburger Heide zusammenströmt. Doch ein Blick in die amtlichen Kontrollbrunnen im LK Celle – der billiger gewesen wäre als ein teures Gutachten – widerlegt auch dieses Märchen: Praktisch alle Brunnen melden trotz des relativ nassen Vorjahres und Winters im Mai 2022 „Wasserstand sehr niedrig oder extrem niedrig“, ja viele melden gar nichts mehr (was vermuten lässt, dass sie längst trockengefallen sind). Die Landwirtschaft im LK Celle hätte also allen Grund, die wasserzehrenden Maisflächen nach und nach einzuschränken, die Art der Feldfrüchte, die Fruchtfolge sowie die Anbaumethoden auf Wasser sparend umzustellen, statt sich die Realität schönrechnen zu lassen.



An allen Punkten gibt es Kontrollbrunnen

Übrigens, man kann auch die Nitratwerte der Kontrollbrunnen einsehen: Neben vielen Brunnen mit zu vernachlässigender Belastung zeigen etliche Brunnen mit Nitratwerten von bis 126 mg/l (50 mg/l ist die Obergrenze für Trinkwasser), dass auch bezüglich dieser Umweltbelastung die konventionelle Landwirtschaft im LK Celle bleibende Schäden anrichtet. Eigentlich auch das ein Anlass, auf ökologische Landwirtschaft umzustellen.

Und wie steht es nun mit der Ökolandwirtschaft im Landkreis Celle?

Sucht man im Internet findet man nur vier Biolandwirtschaftsbetriebe im gesamten Landkreis Celle. Anscheinend haben viele Landwirte noch Angst, sich als „Öko“ zu outen. Die offizielle Statistik des Landes NDS weist für Celle auch nur 3% Ökobetriebe (19 von 596) aus. Kein Wunder, muss man oft weit mit dem Pkw fahren, um echte Biokost im Hofladen zu erwerben. Beschämend ist auch, dass es im gesamten Landkreis keinen einzigen Biomilchbauern gibt. In Celle verkaufte Biomilch stammt deshalb von Erzeugern aus bis zu 800 km Entfernung. Ein darauf angesprochener konventioneller Milchbauer aus dem LK Celle erklärt dazu: Würden alle Subventionen für konventionelle Landwirtschaft gestrichen und voll auf Biohöfe umgelegt, würde er sofort umstellen. Und vielleicht sollte diese Anregung auch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir aktivieren, endlich den gesetzlichen Rahmen dafür zu schaffen. Wir können nur hoffen, dass möglichst viele Landwirte nicht darauf warten, sondern einfach schon jetzt mit der Umstellung anfangen.

„Bis zum letzten Tropfen – Die Doku“ gibt's übrigens weiterhin in der ARD-Mediathek

Link zu den Brunnen: https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/Umweltkarten/?topic=Hydrologie&lang=de&bgLayer=TopographieGrau&layers=Grundwasserstandsmessstellen&layers_opacity=0.15&E=554000.00&N=5842000.00&zoom=5

Kinder zum Abschied: „Anne Frank Schule“

Bei facebook postete CelleHeute: „Kindischer Kinder-Abschied /// Blumen, kleine Geschenke, nette oder lobende Worte - die gab es gestern Abend im Rat für den scheidenden Stadtbaurat Ulrich Kinder von fast allen Seiten. Nur von Seiten der CDU und des Oberbürgermeisters kam – nichts.“

Seine „Abschiedsrede“ in der Ratssitzung Ende März barg einige „Spitzen“ gegen die „Spitze“, also den Oberbürgermeister, und einen interessanten Vorschlag, der leider keinen Eingang in die Cellesche Zeitung fand: Kinder regte an, der neuen Grundschule in Westercelle den Namen „Anne-Frank-Schule“ zu geben.

Bezugnehmend auf sein vor knapp einem Jahr vorgestelltes Konzept „Lebendige Altstadt Celle - Mehr Attraktivität und Aufenthaltsqualität im historischen Zentrum“, das auf Anweisung des Oberbürgermeisters in einer für Rat und Bürger:innen unzugänglichen Ablage landete, war folgende Bemerkung aufschlussreich:

Und - Entschuldigung, das kann ich mir jetzt hier nicht verkneifen, Herr Dr. Bischoff [CDU-Ratsmitglied]

- das, fand ich war nochmal sehr nett, dass Sie beim Thema Innenstadt gesagt haben: Denkverbote sollte es nicht geben. Da sind Sie weiter als der eine oder andere hier im Saal.“

Gegenüber der CZ bekräftigt er: „Lebensqualität ermöglichen – und das bedeutet auch, dass der Autoverkehr reduziert werden muss. An einer autofreien Innenstadt geht kein Weg vorbei.“

Zu seinem Vorschlag für den Namen des Neubaus der Westerceller Grundschule sagte er: „Anne Frank, dieses so viele gerade auch junge Menschen inspirierende und erschütternde Mädchen wurde 30 Kilometer von hier von den Nazis ermordet. Der Name taucht hier in der Stadt allerdings nicht auf. Ich denke, es ist überfällig, dass an diese tapfere junge Frau auch hier in der Stadt Celle angemessen erinnert wird. Und was wäre besser geeignet als eine Grundschule. Ich rege daher an, die aktuell in Bau befindliche neue Grundschule in Westercelle nach Anne Frank zu benennen.“



Breite Straße: Baumerhalt statt Kahlschlag

An der Sanierung der Breiten Straße wird sich zeigen, ob die Chefetage im Rathaus an ihrem „Basta“-Kurs festhalten kann. Im Zentrum stehen zwei Fragen: Gibt es eine Chance für die Rettung der Alleebäume und – damit verbunden – welchen Einfluss haben Rat und Anwohner:innen auf die Entscheidung.

Auf der technischen Seite gab es zuletzt eine interessante Entwicklung. Auf Initiative von B'90/Die Grünen hat Kay Heinrich, der in der Fundumstraße das Büro „Zeitgemäße Architektur“ betreibt, einen Alternativentwurf vorgelegt. Und der verspricht, unter Erhalt der „gesunden“ Bäume auch etliche andere Probleme zu lösen.

Ein kleiner Rückblick. Die Verwaltung hatte ein Planungsbüro mit zwei Varianten beauftragt: eine mit Erhalt der Bäume und eine andere mit Abholzung und Neupflanzung. Der seinerzeit noch zuständige Stadtbaurat befand zwar, zeitgemäß sei nur eine Ausrichtung am Bestand, aber der Oberbürgermeister will die Kahlschlag-„Lösung“. Rat (und den Bürger:innen) sollen auf diese Entscheidung keinen Einfluss mehr haben.

Die „Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt“ hat zu letzterem ein Rechtsgutachten vorgelegt. Danach kann Nigge nicht beanspruchen, diese Frage zu einem „Ge-

schäft der laufenden Verwaltung“ zu machen und so den Rat draußen zu halten.

Dem Alternativentwurf von Kay Heinrich gelingt es a.) fast alle Bäume zu erhalten, b.) 82 Parkplätze zu gewährleisten, c.) einen durchgängigen Grünstreifen zwischen Parkflächen und Fußweg zu schaffen. Wie das? Durch eine Verlegung der Fahrbahn genau zwischen die Bäume (das ist nämlich derzeit nicht so) und (kleiner Nachteil) schmale Gehwege. Außerdem sieht der Entwurf den Abwasserkanal mittig unter der Fahrbahn vor, was angesichts der erforderlichen Arbeiten dazu beitragen würde, dass die Bäume nicht durch die Bauarbeiten geschädigt werden.

Verschiedene Details des Entwurfs tragen dazu bei, für die Breite Straße den Charakter einer Wohnstraße neu zu beleben.



„Es wird darauf verzichtet, [...] zahlenmäßige Zielvorgaben zu nennen.“

Gleichstellung ohne Plan und Genderstern

Immer mehr Behörden und Verwaltungen geben ihren Mitarbeiter:innen Arbeitshilfen für die Anwendung gendersensibler Sprache. Die Stadt Hannover hat zuletzt ein Rechtsgutachten erstellen lassen (siehe nächste Seite), in dem festgehalten wird, dass der Genderstern im Rechtsstaat unverzichtbar sei. In der Celler Stadtverwaltung geht's gerade in die andere Richtung. In einer Art Dienstanweisung wurde Ende April mitgeteilt:

„Der Oberbürgermeister weist erneut daraufhin, dass im Schriftverkehr der Stadt das Gender-Sternchen ebenso wenig genutzt werden soll wie die Verlängerung mit „Innen“. Wir schreiben bitte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Mitarbeitende. Ich bitte Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu informieren.“

***innen**

Die AfD-Fraktion im Rat wird's freuen, ist sie doch bundesweit im Kampf gegen das, was sie „Gendergaga“ nennt. So kann der Oberbürgermeister demnächst bei einer strittigen Entscheidung wieder auf ein Entgegenkommen seiner rechtsextremistischen Hilfstuppe hoffen.

Besonders auffällig war der Genderstern oder der Gender-Doppelpunkt in Celle ja bisher eh nicht. Vereinzelt wird diese gendersensible Schreibung von der CD-Kaserne, dem Schloßtheater und dem Bomann-Museum angewandt.

Für die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt wäre die neue Regelung sogar ein Schritt nach vorn, endet doch ihr „Gleichstellungsplan“ mit dem Satz: *„In der Stadtverwaltung wird der Gleichstellungsplan allen Mitarbeitern bekannt gegeben.“* Ihn den Mitarbeiterinnen – zumindest sprachlich – vorzuenthalten, dürfte zwar nur ein Lapsus sein. Aber einer, der einer Gleichstellungsbeauftragten nicht passieren darf.

Leider ist der gerade vorgelegte „Gleichstellungsplan“ nicht allein sprachlich ein Desaster, er ist es vor allem inhaltlich.

Die Diskussion über den Frauenanteil in Aufsichtsräten täuscht darüber hinweg, dass es im normalen Arbeitsleben nicht nur Lohndiskriminierung gibt (Gender Pay Gap), sondern Frauen z.B. in Leitungsfunktionen in Betrieben und Verwaltungen schlicht unterrepräsentiert sind. In der Verwaltung der Stadt Celle ist dies frappant:

:in

13 Frauen in Leitungsfunktionen stehen 33 Männer gegenüber = 28 zu 72 Prozent.

Das immerhin ist dem „Gleichstellungsplan“ zu entnehmen. Ansonsten ist dieses Ende März dem Rat ohne Diskussion vorgelegte Dokument ein Ausdruck von Ignoranz – oder besser: Arbeitsverweigerung.

Wer z.B. erhofft, Gesamtzahl und -anteil von Männern und Frauen in der Stadtverwaltung zu erfahren, wird genauso enttäuscht, wie jene, die für Unterrepräsentanzen mehr Erklärung erhoffen als Stereotype.

Ein intellektuelles Highlight ist der Absatz zu „Zielvorgaben“: *„Es wird darauf verzichtet, [...] zahlenmäßige Zielvorgaben zu nennen. Es kann zwar ein wünschenswerter Idealzustand vorgesehen werden. Dieser ist jedoch nicht realitätsnah, da die Folgen des demographischen Wandels mit seiner zunehmenden Fluktuation keine verlässliche Abschätzung zulassen.“* Hä? Zielvorgaben sind selbstverständlich das, was erreicht werden soll. Wieso Idealzustand? Zielvorgaben werden im wesentlichen entwickelt auf Grundlage bekannter „demographischer“ Daten, also dem Wissen z.B. darum, wann Mitarbeiter:innen zu erwartender Weise aus dem Dienst ausscheiden.

Gott*

Die Erklärung der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen bewegt sich in etwa auf dem Niveau von Bäckerblumenprosa: *„Die vergleichsweise geringe Zahl von Frauen in Führungspositionen könnte sich zum einen aus dem vermeintlich hohen Anspruch an Flexibilität, Mobilität und Verfügbarkeit herleiten, der häufig eher Männern als insbesondere Frauen mit familiären Verpflichtungen durch Kinderbetreuung zugesprochen wird. Auch die Eigenschaften, die eine Führungskraft vermeintlich besitzen soll, wie z.B. besonders „tough“ zu sein, und keine Schwächen zu zeigen, werden eher Männern zugeschrieben.“*

Heißt? Im Rathaus haben die Ansichten alter weißer Männer Einfluss auf die Personalpolitik?

Dann hat es die seit einem Jahr im Amt befindliche Afshan Ahmed in Celle tatsächlich nicht leicht.

Ein Gleichstellungsplan hat nach dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG § 15) übrigens alle drei Jahre zu erfolgen. Für die Zeit zwischen 2018 und 2022 gibt's den in Celle schlicht und einfach nicht. Naja – ist halt für die Chefetage „Gedöns“.

Genderstern ist im Rechtsstaat unverzichtbar

Die im Dezember 2021 veröffentlichte Expertise geht der Frage nach, welche Auswirkungen die Verwendung geschlechtergerechter Sprache, insbesondere des Gendersterns, auf die Rechtswirksamkeit und den Verbindlichkeitsanspruch von Handlungsformen der Verwaltung entfaltet. Das Ergebnis ist, in Kürze, dass die Verwendung geschlechtergerechter Sprache inklusive des Gendersterns keinen (negativen) Einfluss auf Wirksamkeit oder Verbindlichkeit von Verwaltungshandeln entfalten kann, sondern umgekehrt dessen Verfassungskonformität erhöht. [...] Hier Auszüge aus der Zusammenfassung:

Hoheitliches Sprachhandeln bildet nicht nur Wirklichkeit ab oder transportiert Regelungsanliegen, sondern formt hoheitliches Handeln und gestaltet gesellschaftliche Wirklichkeiten mit. Die Verwendung rein männlicher Formen spiegelt das hierarchische Geschlechterverhältnis und erhält es zugleich aufrecht, indem Frauen und Personen mit Geschlechtsidentitäten jenseits der Binarität unsichtbar gemacht, nicht anerkannt und nicht adressiert werden.

Eine Vielzahl linguistischer Studien belegt die Benachteiligung von Frauen durch die Verwendung des pseudo-generischen Maskulinums. Inzwischen liegen auch Erkenntnisse zu erheblichen psychischen Belastungen von Inter*, Trans* und non-binären Personen durch rein männliche oder rein-binäre Personenbezeichnungen vor. Umgekehrt wird durch die Verwendung geschlechtergerechter Formen die Lesbarkeit, Verständlichkeit oder Memorierbarkeit eines Textes nicht beeinträchtigt.

[...] Geschlechtergerechte Amts- und Rechtssprache dient der Verfassungskonformität hoheitlichen Sprachhandelns. Ihre Verwendung respektiert den personalen Achtungsanspruch aller bislang fehlerhaft oder gar nicht adressierten Rechtsunterworfenen – Frauen, Trans*, Inter* und non-binären Personen – in ihrer jeweiligen Geschlechtsidentität, welche zum Kern des Persönlichkeitsrechts aus Artikel 2 Absatz 1 i.V.m. Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz gehört.

Die Benennung, Sichtbarmachung und korrekte Adressierung von Frauen ist durch das Grundrecht auf Gleichberechtigung aus Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz geboten, welches die unverzügliche Beseitigung tatsächlicher Nachteile und die Verwirklichung der Gleichberechtigung mit Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit auch für die Zukunft fordert. Die Verwendung geschlechterinklusive Amts- und Rechtssprache, welche auch Trans*, Inter* und non-binäre Personen anerkennt, adressiert und sichtbar macht, entspricht den Anforderungen des Verbots der Geschlechtsdiskriminierung aus Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz.[...]

Geschlechtergerechte Amts- und Rechtssprache trägt

zur Verständlichkeit und Barrierefreiheit und damit zum notwendigen Wandel der Verwaltungssprache bei. Geschlechterinklusive Kurzformen machen nur einen kleinen Teil dieses Sprachgebrauchs aus; dabei ist der Genderstern wegen seiner Verbreitung, der wünschenswerten Einheitlichkeit und der absehbaren Möglichkeit der (Vor-)Lesbarkeit zu bevorzugen. [...]

Geschlechtergerechte Sprache bedeutet nicht die wahllose Einfügung von Gendersternen in das Vorhandene, sondern einen grundlegenden Wandel staatlichen Sprachhandelns hin zu Verständlichkeit, Zugänglichkeit, Barrierefreiheit und Inklusion.

Geschlechterinklusive Kurzformen (wie Genderstern, Gender_Gap oder Doppelpunkt) sind eines von vielen Mitteln geschlechtergerechter Verwaltungs- und Rechtssprache. Wo geschlechterinklusive Kurzformen benötigt werden, damit das staatliche Sprachhandeln den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht, empfehlen der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband sowie die Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik inzwischen die Verwendung des Gendersterns. [...]

Die Verfassungskonformität staatlichen Sprachhandelns zu garantieren, ist staatliche Aufgabe und Pflicht [...] Die Kompetenz und Verpflichtung zur Regelung geschlechtergerechter Amts- und Rechtssprache liegt bei den grundrechtsgebundenen Parlamenten auf Bundes- und Landesebene, zuständigen Verwaltungsleitungen sowie Kommunen, Hochschulen und sonstigen Selbstverwaltungskörperschaften. [...]

Die in der Öffentlichkeit besonders im Fokus stehenden geschlechterinklusive Kurzformen wie der Genderstern bilden nur einen kleinen Teil geschlechtergerechter Amts- und Rechtssprache. Die Verwendung verschiedener Formulierungsmöglichkeiten zur Ablösung des pseudo-generischen Maskulinums trägt auch zur Klarheit, Verständlichkeit und insgesamt inklusiven Wirkung von Verwaltungssprache bei. [...]

Aus rechtlicher Sicht ist die Verwendung geschlechtergerechter Amtssprache inklusive des Gendersterns keine Irregularität, sondern für hoheitliches Sprachhandeln und damit die Verwaltung insgesamt im demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar.

Quelle:

Geschlechtergerechte Amtssprache. Rechtliche Expertise zur Einschätzung der Rechtswirksamkeit von Handlungsformen der Verwaltung bei Verwendung des Gendersterns oder von geschlechtsumfassenden Formulierungen - Die vollständige Expertise ist abrufbar unter

www.hannover.de oder www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/lb/.

Feminizid an Êzîdin aus Wathlingen

In Burgdorf ist eine Êzîdin aus Wathlingen Opfer eines Feminizids geworden. Der Mord an der 35-jährigen Esra fand tagsüber auf offener Straße statt, der Ehemann ist in Untersuchungshaft. Sie wurde am 3. Mai vor den Augen mehrerer Zeug:innen erstochen. In Untersuchungshaft sitzt der 37-jährige Ehemann, von dem sich Esra trennen wollte. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm heimtückischen Mord vor. „Wir sind wütend und wir trauern. Der Feminizid an Esra erschüttert uns. Wir sagen ‚es reicht‘ und ‚keine einzige mehr!‘“, erklären die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA und der Dachverband des Êzîdischen Frauenrats (SMJÊ) in einer gemeinsamen Stellungnahme:

„In den letzten Monaten lesen wir fast täglich davon, dass ein Mann eine Frau getötet, oder es versucht hat. In Deutschland sind Feminizide damit eine traurige Alltagsrealität und dies muss sich ändern“, fordern beide Organisationen. Statistisch betrachtet ist der männliche Partner der gefährlichste Mensch im Leben einer Frau. „Damit ist und bleibt Gewalt an Frauen politisch und darf nicht ins Private verschoben werden“, heißt es.

Die gefährlichste Phase für eine Frau in einer Beziehung sei die, in der sie sich entschieden hat, sich vom Mann zu trennen. So war es auch im Fall von Esra in

Burgdorf, die in Wathlingen im Landkreis Celle lebte. Der Mord fand tagsüber auf offener Straße statt, der Täter Hüseyin C. soll von hinten an sie herangetreten sein, als sie ins Auto einsteigen wollte. Dann soll er kurz auf sich aufmerksam gemacht haben und ohne vorherige Worte auf die Mutter zweier Kinder im Jugendalter eingestochen haben. Hüseyin C. war nach den tödlichen Messerstichen zunächst geflüchtet, hatte sich aber wenig später der Polizei gestellt.

„Ob wir uns trennen, uns wehren, eine Anzeige erstatten, Hilfe holen – oft schaffen es die Täter dennoch, Frauen das Leben zu nehmen, weil uns die Gesetze nicht vor dieser Gewalt schützen und die Zugänge zu Schutzmöglichkeiten für viele Frauen versperrt sind“, stellen UTAMARA und SMJÊ fest. Die Einrichtungen kritisieren außerdem, dass in den Medien oft verharmlosend von einer Beziehungstat gesprochen wird, wie auch in diesem Fall. „Es ist und bleibt ein Feminizid, denn die Frau wurde getötet, weil sie eine Frau ist und weil der Mann (hier der Ex-Partner) seinen Besitzanspruch gefährdet sieht. Eine Frau gehört nur sich selbst, keinem anderen – und es ist eine gesellschaftliche Aufgabe von Familien und sozialen und staatlichen Einrichtungen dafür zu sorgen, dass Männer keine Täter werden und Frauen das Leben leben können, weil sie ihr Leben leben wollte.“

Der Kampf gegen Feminizide betreffe alle, denn eine Gesellschaft, aus der Unterdrückung, Versklavung und Mord hervor gehen, sei nicht frei, heißt es weiter. Diesen Taten liege eine „misogyne patriarchale Mentalität“ zugrunde, die Frauen zu Eigentum, Ehre und Objekten erkläre. „Dementsprechend müssen wir ihnen einen feministischen Kampf ansagen und unsere Selbstverteidigung stärken. Dafür müssen wir uns organisieren, bilden und die Frauen erreichen, die sich nicht selbst befreien können“, so der gemeinsame Aufruf. „Wir fordern Gerechtigkeit, sowie die voll umfassende Umsetzung der Istanbul-Konvention – jetzt!“

###



#keinemehr – Femizide in Deutschland ist der Titel einer Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Cover siehe oben), die hier zum Download verfügbar ist:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/201030_keinemehr_ONLINE_%C3%9CA.pdf

ÖPNV auf dem Weg zu neuer Mobilität?

Die Fraktion „Klimabündnis“ hatte zuletzt im Kreisrat beantragt, das Spätverkehr-Pilotprojekt auf den Buslinien nach Hambühren und Wathlingen, um jeweils eine weitere Fahrt nach 22 Uhr zu ergänzen. So sollte das Projekt auch für Besucher:innen von Kulturveranstaltungen oder Gastronomie in der Kreisstadt attraktiv werden. Im Klimaschutzausschuss im April wurden aber ernüchternde Zahlen präsentiert: Angesichts sehr niedriger Nutzer:innenzahlen von durchschnittlich 3,5 (Linie Wathlingen) und 1,4 (Linie Hambühren) pro Fahrt sei eine Ausweitung des Verkehrsversuchs aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht auf Basis des bisherigen Konzeptes nicht sinnvoll. (Die großen Linienbusse der CeBus verbrauchen rund 40 Liter Diesel auf 100 km und fahren bis auf wenige Ausnahmen im Rahmen des Verkehrsversuches nahezu leer.) Jetzt soll das Projekt möglichst schnell in einen On-Demand-Verkehr umgewandelt werden. Dazu mehr in folgendem Artikel:

Seit dem Ukrainekrieg hat es auch der/die Letzte gemerkt, wir müssen nicht nur wegen der Klimakatastrophe, sondern auch wegen der Abhängigkeit von fossilen Energien wie Kohle, Erdgas und Erdöl die Wende zu Regenerativen Energien schaffen. Doch diese Wende ist nur zu schaffen, wenn wir gleichzeitig den Energieverbrauch extrem verringern.

D.h. im Bereich Gebäudewärme müssen wir ca. 80% Energie einsparen, in der Industrie ca. 50% und im Bereich Verkehr ca. 80%. Wobei das einerseits den Güterverkehr betrifft, wo mindestens 90% des Ferntransports auf die elektrifizierte Schiene müssen. (Es spricht für die Zukunftsblindheit von Verwaltung und Politik, wenn dann immer noch eine Logistik Zentrum an die Bundesstraße gebaut werden soll).

Andererseits betrifft es den Personenverkehr, wo es in den Händen der Landkreise und Kommunen liegt, diese Energieeinsparung zumindest im Alltagsverkehr durchzusetzen. Hierfür kann der Ersatz von 48,5 Mio. Verbrennungsmotor-Pkws durch 48,5 Mio. E-Pkws nicht die Lösung sein; der Betrieb des E-Pkws würde zu viel elektrische Energie verbrauchen und die Produktion von Pkws und Batterien zu viele „graue“ Energie binden. Alternative muss es sein den lokalen und regionalen Individual-Verkehr per Pkw in großen Anteilen durch Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) zu ersetzen. Das bisherige Angebot an ÖPNV im LK Celle bietet dazu mehr Abschreckung als Anreiz, doch das muss und kann sich ändern.

ÖPNV statt Individual-Pkw muss die Mobilität erhöhen, statt sie einzuschränken!

Wer in einer Stadt mit flächendeckendem und gut organisierten ÖPNV (wie z.B. in Wien) unterwegs ist, kann auch ohne Smartphone App im gesamten Stadtge-

biet in Minutenschnelle S-Bahn, U-Bahn, Trambahn oder Bus nutzen, statt mit Pkw im Stau zu stehen oder auf Parkplatzsuche zu kreisen. Ein solches ÖPNV-Angebot erscheint auf dem Lande bzw. in einer Stadt wie Celle mit ländlichem Umfeld schwer vorstellbar. Herkömmlicher ÖPNV mit starren Linien und Großbussen kann das in der Fläche nur auf wenigen festen Linien und nur zu Stoßzeiten (z.B. als Schulbus) leisten.

Dazu kommt, dass bei Einschränkung des Individual-Pkw-Verkehrs auch die Mobilität von Alten sowie Menschen mit Behinderung oder gesundheitlicher Beeinträchtigung verbessert werden muss. Allerdings fallen mit dem derzeitigen ÖPNV bereits jetzt z.B. Junge und sozial Benachteiligte, kurz alle die sich keinen Pkw leisten können, aus der Mobilität. Ein Mobilitätsangebot, das den Individual-Pkw-Verkehr nicht nur weitgehend ersetzt, sondern die Mobilität für Alle verbessert, kann kein privatwirtschaftliches Unternehmen leisten, sondern das muss auch im LK Celle als öffentlich-rechtliche Daseinsvorsorge im Rahmen eines ÖPNV neuer Art umgesetzt werden.



Eine Alternative zum herkömmlichen ÖPNV (leicht erweiterter Schulbusverkehr) wäre eine Ergänzung mit modernem On Demand Verkehr. Dies allerdings nicht als Konkurrenz zu festen ÖPNV-Linien, sondern nur als deren Ersatz zu wenig nachgefragten Zeiten bzw. zu Erweiterung auf bislang nicht versorgte Gebiete.

So funktioniert On Demand ÖPNV

Fahrgäste buchen eine Fahrt, indem wahlweise über Telefon, am PC über WebSite oder per Smartphone-App die Fahrt buchen. Das Leit-System des On Demand Anbieters leitet das Fahrzeug direkt zum Standort des Fahrgasts. Dabei wird das Fahrzeug dynamisch navigiert, um die Fahrgäste abzuholen und an ihr Ziel zu bringen. Andere Fahrgäste, die ein ähnliches Ziel haben, werden entlang der Strecke im selben Fahrzeug mitgenommen und abgesetzt (Ride Pooling). Ein Algorithmus sorgt dafür, dass dabei lediglich kleinere oder sogar gar keine Um-

wege entstehen. Durch den Einsatz flexibler, dynamischer Routenführung wird die Gesamteffizienz des Service optimiert.

So wird ÖPNV auch auf dem Land attraktiv

On-Demand ÖPNV bietet durch eine dynamische Routenführung und flexible Bedienform die Möglichkeit, im ländlichen Raum auch auf wenig oder gar nicht bedienten Strecken das Angebot so zu verbessern, dass es zur gut nutzbaren Alternative zum Pkw-Verkehr wird. Bei Flächen deckendem On Demand Angebot steigen zwar im Vergleich zum Linienverkehr die Gesamtkosten des ÖPNV. Doch im Vergleich zu einem starren Linienverkehr mit einem ähnlich großen zeitlich und örtlichen Abdeckungsgrad sinken die Betriebskosten extrem (leere Großbusfahrten entfallen und On Demand kann zu großen Tageszeitbereichen mit Kleinbussen und mit Fahrer:innen ohne Busführerschein gefahren werden). Übrigens, On Demand ÖPNV ist nur bedingt eine Konkurrenz zu privatwirtschaftlichem Taxibetrieb. In 2020 und 2021 haben bundesweit bereits 30% bis 40% der Taxiunternehmen bzw. Taxifahrer mangels Nachfrage aufgegeben. Sie könnten als Fahrer im On Demand ÖPNV eine zukunftssichere Beschäftigung finden.

Das sind die Vorteile von On Demand ÖPNV

- Keine festen Linien, aber evtl. bestimmte Verbindungssachsen oder bestimmte Gebiete.
- Keine festen Halte- und Zielpunkte. Gesetzlich vorgeschrieben müssen zwar im ÖPNV Ein- und Ausstiegspunkte festgelegt sein. Doch dafür genügen „virtuelle Haltepunkte“, so dass wie z.B. beim On Demand System Sprinti in Hannover die Restfußwege für die Benutzer nicht größer sind als ca. 150 m.
- Die Nutzung ist kostengünstig, wenn die On Demand Verkehre in den vor Ort gültigen ÖPNV-Tarif integriert sind.
- Das Angebot kann auch sehr frühe und späte Tageszeiträume erfassen, so dass es auch für Pendler:innen oder junge Leute auf Freizeit Tour interessant wird.
- Das Angebot deckt auch das Wochenende ab, so dass auch kulturelle Veranstaltungen, Volksfeste, Disco- und Clubbesuche u.ä. bedient werden.
- Die Wartezeiten nach Anmeldung liegen i.d.R. unter 15 min.

Statt Spätbuslinie auch bei CeBus ein erster On Demand Versuch?

Auch den Verantwortlichen bei Landkreis und CeBus ist längst klar, dass das ÖPNV-Angebot verbessert werden muss. So wurden Probeweise von Montag bis Freitag zwei Spätbuslinien eingerichtet. Die Linie 600 vom Schlossplatz bis Wathlingen fährt nun im Stundentakt bis 22.20 und die 800 vom Schloßplatz bis Hambühren bis 22.35. Doch das Ergebnis war enttäuschend. Die Busse wurden nur von wenigen Personen pro Fahrt ge-

nutzt. Allerdings bemerkten Kritiker:innen zu Recht, dass das Angebot durch die Pandemiezeit ohnehin auf geringere Nachfrage gestoßen sei, auch seien die letzten Fahrten für die Besucher kultureller Veranstaltungen, von Diskos oder Clubs viel zu früh angesetzt. Auch die Beschränkung auf die Werktage biete den Besucher:innen vielfältiger Veranstaltungen an diesen Tagen keine Alternative zum Pkw. Es soll nun als Ersatz für diese Nachtbuslinien Laufe des evtl. ein On Demand Versuch mit wirtschaftlicheren Kleinbussen getestet werden. Ist zu hoffen, dass dieser Test besser angelegt und beworben wird.

Derzeitige Alternativen AST und ALF

Anruf-Sammel-Taxi (AST): Der AST-Verkehr in der Stadt Celle bedient Nachfragen im Spätverkehr bis etwa Mitternacht sowie einen Frühverkehr am Sonntag bevor der Regelbusverkehr einsetzt. Die Abfahrt erfolgt von festen Haltepunkten, Zielpunkt kann die private Adresse sein. Der AST-Fahrplan teilt Celle in vier Zonen: Fernbereich, Fernbereich 2, Nahbereich und Kernbereich. Entsprechend sind die Haltestellen in der Liste mit einem F (Fernbereich), F2 (Fernbereich 2), N (Nahbereich) oder K (Kernbereich) versehen. Für jeden Bereich gelten andere Abfahrtszeiten, im Spätverkehr nach 20 Uhr im Stundenrhythmus. Die Fahrt muss 45 Minuten vor Fahrtbeginn telefonisch bestellt werden (Rufnummer: 6393). Der Preis richtet sich nach den durchfahrenen Zonen: 1-2 Zonen: 3,60 € (was eigentlich das Stadtgebiet ohne die entfernteren Stadtteile abdeckt), 3 Zonen: 4,40 €, 4 Zonen: 5,10 € - Kinder, Zeitkarteninhaber und Freifahrtberechtigte fahren im gesamten Gebiet für 2,80 €.

Anruf-Linienfahrt (ALF): Anruf-Linienfahrten verkehren nach festem Fahrplan und vorheriger, telefonischer Anmeldung. In den CeBus-Fahrplänen sind die Fahrten mit „ALF“ gekennzeichnet. Die verbindliche Anmeldung ist bis mindestens 59 Minuten vor Fahrtbeginn erforderlich. (Rufnummer: 05141 2788200). Angegeben werden muss die Liniennummer, die Abfahrtshaltestelle, die Abfahrtszeit, die Zielhaltestelle und die Personenzahl. Für ALF-Fahrten gelten dieselben Fahrpreise wie im Linienverkehr, Zeitkarteninhaber und im Linienverkehr freifahrtberechtigte Schwerbehinderte, werden unentgeltlich befördert. Der ALF-Verkehr verbindet vor allem Landkreisgemeinden untereinander, also z.B. Fassberg und Unterlüß oder Bergen und Hermannsburg. Und dies vor allem an Samstag und Sonntagen sowie in „Randzeiten“ des normalen Fahrplans.

Wenn das Versorgungsgebiet erweitert und von den starren Linien und Haltepunkten abgegangen würde, die Betriebszeiten auf alle Tageszeiten und Wochentage erweitert und die Voranmeldezeit verkürzt würde, kann aus ALF und AST ein flottes On Demand System werden. Ein On Demand System, das den Großbus-Linienbetrieb ergänzt und zu Zeiten geringer Nachfrage sogar ersetzen kann.

Profilierteste Persönlichkeit der jungen Rechten

Für einige Aufregung sorgte im Mai eine Studie der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen ((FODEX)). Wobei es nicht so sehr um den eigentlichen Gegenstand ging, nämlich die Biografie des rechtsradikalen niedersächsischen Multifunktionärs Hans-Michael Fiedler (1943 - 2019), sondern um einen Akteur seines Netzwerkes. Dieser geriet als Gymnasiast in den 1970er Jahren in den Dunstkreis Fiedlers und blieb es rund 15 Jahre. Aber so what? Nun, er ist heute Familienrichter am Oberlandesgericht Celle. Rücksichtsvoll verschwiegen die Medienberichte den Namen. Der aber ist in der öffentlich zugänglichen Untersuchung kein Geheimnis: Christian Heck. (Ganz vorsichtig bediente man sich bei einer Überschrift auch eines Fragezeichens: „*War Familienrichter früher aktiver Neonazi?*“)

Die Autor:innen haben den Nachlass von Hans-Michael Fiedler ausgewertet, der – so FODEX – „*neue Perspektiven auf einen zentralen Akteur der radikalen Rechten in Deutschland sowie dessen Netzwerke*“ eröffnet. Analysiert wird die Genese der radikalen Rechten in Südniedersachsen von den 1960er Jahren bis Anfang der 1990er Jahre. Christian Heck war in diesem Zusammenhang für die Forscher:innen „*ein prototypischer Kader im Sinne der skizzierten nationalen Jugendbildungsarbeit.*“

In den 1970er Jahre gehört Heck in Göttingen zu den Gründern des "Unabhängigen Schüler-Bunds" (USB). Der Sozialistische Schülerbund schrieb 1974: „*Daß die USB-ler nicht isoliert sind, sondern sich auch ‚Rat‘ von kompetenter Seite holen, zeigte ihre geschlossene Anwesenheit bei einer NPD-Veranstaltung im März in Göttingen. [...] Mit ihrer Propaganda sprechen sie gezielt die Schüler der Unter- und Mittelstufe an.*“ Der USB wurde zu einem wichtigen Kooperationspartner innerhalb von Fiedlers Netzwerk, was – wie die Autor:innen mutmaßen – vor allem an der engen Beziehung zwischen Fiedler und Heck liegt. Er habe – so Fiedler 1975 – dem damals 17-jährigen Heck den Weg gebahnt und das Nest eingerichtet. Und er hebt Hecks Bedeutung hervor: „*Wichtigste Kraftquelle des USB ist die überaus starke Persönlichkeit seines Führers: der 17-jährige Gymnasiast Christian Heck ist bereits heute, trotz seiner Jugend, die stärkste und profilierteste Persönlichkeit im Lager der jungen Rechten.*“

Zur politischen "Karriere" listen die Forscher:innen auf: 1975 (bis 1979) Bundesvorsitzender des USB, anschließend Bundesgeschäftsführer, 1976 Vorstandsmitglied der *Hochschulgruppe Pommern zu Göttingen* (HGP). Kurz nachdem Heck den Vorsitz des USB abgegeben hatte, wurde dieser 1980 von der Bundesregierung als „rechtsextremistisch“ eingestuft. Bereits mit mit 16

Jahren publizierte Heck in der seinerzeit wichtigen rechtsextremistischen Zeitschrift *Nation Europa*. Zugleich war er – immer an Fiedlers Seite – im *Deutschen Studenten-Anzeiger* zuständig für die Seite „Jugend und Schule“, später Mitbegründer des *Deutschen Hochschul-Anzeigers*. Noch 1988 bezeichnet Fiedler Heck als seinen „Hausjuristen“. Für die Folgezeit gibt es im Nachlass Fiedlers keine weiteren Hinweise zu einer Zusammenarbeit mit Heck.

Nach Angaben des OLG Celle wurde Christian Heck 1992 als Richter auf Probe eingestellt und 1998 zum Richter am OLG ernannt, wo er seitdem in verschiedenen Familiensenen tätig ist. Das Pensionsalter ist für den 1958 Geborenen nah. Da er im öffentlichen Leben Celle nicht „sichtbar“ ist, wird die Aufregung um den jugendlichen Extremismus sich schnell geben.

Katharina Trittel, Sören Isele, Florian Finkbeiner mit Hauke Bruns: Vom „Wächter am Tor“ zum „einsamen Wolf“. Der Multifunktionär Hans-Michael Fiedler und die Transformation der radikalen Rechten in Südniedersachsen. Reihe: FODEX-Studie. Göttingen 2022 - <https://www.fodex-online.de/fodex-data/akten/pdf/2022/Fodex-Studie-9-Fiedler-2022.pdf>



Foto: Bernd Langer - kunst-und-kampf.de



----- 18.03.2022 -----

Blockade Rheinmetall

30 Antimilitarist:innen aus Norddeutschland blockierten die Hauptzufahrt zu Rheinmetall Landsysteme/Waffe Munition GmbH in Unterlüß. Sie erklärten: *„Unsere gewaltfreie Aktion richtet sich nicht gegen die einzelnen Mitarbeiter:innen, sondern gegen einen Waffenbetrieb, der Kriege anheizt, Fluchtursachen schafft und Gewinne mit dem Tod von Menschen macht.“* Der Konzern will logistische Fahrzeuge, Radfahrzeuge und Kettenfahrzeuge in die Ukraine liefern. Konzernchef Papperger hierzu gegenüber der Presse: *„Ich kann in der derzeitigen Situation nur sagen: Wir wollen denen helfen.“* Die Sprecherin der Aktion Katja Tempel: *„Papperger verdreht die Wahrheit: Es geht um Gewinnsteigerung, nicht um eine Beendigung des Krieges in der Ukraine oder eine nachhaltige Lösung. Helfen sieht anders aus.“* Durch Bereitstellung von mehr Panzern würde der Krieg angeheizt und verlängert. Mit der Blockade forderten die Antimilitarist:innen den Stopp der Rüstungsproduktion in Unterlüß, den sofortigen Stopp aller Lieferung von Rüstungsgütern aus Altbeständen ins Ausland und die Konversion der Produktion.



----- 07.04.2022 -----

Gedenken an Arkan

Trotz wechselhaftem Wetter kamen viele Menschen aus Celle mit der Familie und den Angehörigen zusammen, um Arkan Hussein Khalaf zu gedenken. Vor zwei Jahren war der êzîdische Jugendliche in der Bahnhofstraße ermordet worden. Aufgerufen hatte die Initiative *In Gedenken an Arkan*, in der sich unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen aus Celle organisieren. Nach einem kurzen Zusammenkommen im Triftpark ging es zum Todesort, an dem Blumen niederlegt und Kerzen entzündet wurden.

Eine Schwester und eine Cousine von Arkan betonten in Reden den rassistischen Hintergrund der Tat und ihren Wunsch nach Gerechtigkeit für ihre Familie. Die Initiator:innen betonten: *„Wir wollen Arkan als Teil unserer Stadt in Erinnerung behalten - und wir wollen ihm immer wieder gedenken. Das bedeutet für uns auch, dass wir hier in Celle etwas verändern wollen im gesellschaftlichen Zusammenleben - denn Erinnern bedeutet Kämpfen für Veränderung. Wir wollen, dass Celle ein Ort wird, wo solch eine Tat nicht wieder passiert - weil wir es als Gesellschaft nicht hinnehmen, es nicht akzeptieren!“*

Bisher gab es von Seiten der Stadt

Celle keine Initiative ihren Teil zum Gedenken an Arkan beizutragen, sondern nur aus der Gesellschaft. Nach einer bisherigen Absage gegenüber einer Straßenumbenennung im Stadtteil, steht nun eine Baumpflanzung für Arkan im nahegelegenen Park im Ortsrat zur Diskussion - wann und ob das passieren wird, ist allerdings noch unklar.



----- 08.04.2022 -----

Gedenken an Massaker

Die Celler SPD ruft seit einigen Jahren am Mahnmahl in den Triftpark zum Gedenken an das Massaker vom 8. April 1945 auf. In diesem Jahr erinnerte Diana Gring, Kuratorin für Ausstellungen und Interviews in der Gedenkstätte Bergen-Belsen, an das Schicksal von drei damals jungen polnischen Frauen, die den Bombenangriff auf den KZ-Transportzug und die anschließende Hetzjagd durch Nazi-Formationen überlebten und nach dem Todesmarsch ins KZ Bergen-Belsen dort befreit wurden.

----- 22.04.2022 -----

Mahnwache gegen Ausgliederung am AKH

Kurzfristig abgesagt worden war die Aufsichtsratssitzung des AKH. Einige Demonstrant:innen hatten sich trotzdem am vorgesehenen Ort des Geschehens versammelt, um ihrer Forderung erneut Ausdruck zu verleihen: Rücknahme der Ausgliederung der sogenannten tertiären Bereiche, also Reinigung, Küche und Logistik in die



AKH-Gruppe. Ernst-Günther Mörsel (ver.di) verwies darauf, dass es ein klares Arbeitsgerichtsurteil gibt. Die angefochtenen Kündigungen seien rechtsunwirksam, weil sie auf einem "rechtsmissbräuchlichen unternehmerischen Konzept" beruhen würden. Die Urteile in den Kündigungsschutzklagen haben inzwischen Rechtskraft. Aber erstaunlicherweise gibt es nach wie vor keine Entscheidung, ob Geschäftsführung und Aufsichtsrat am Rechtsmissbrauch festhalten oder die Ausgliederung zurücknehmen wollen.

----- 23.04.2022 -----

Kidical Mass

Erneut wurde gefordert, dass sich Kinder und Jugendliche sicher und selbständig mit dem Fahrrad bewegen können. „Wir wünschen uns eine Anbindung der Schulen an das Radverkehrsnetz und die Bevorzugung separierter Radinfrastruktur an Hauptstraßen. Es geht uns um die Förderung von nachhaltiger Mobilität. Wir setzen uns ein für familienfreundliche und lebenswerte Städte“, so VCD-Sprecherin Martina Sonnenberg-Ackemann.



----- 01.05.2022 -----

Maikundgebung

Wie schon vergangenes Jahr im Triftpark, wirklich gute Reden. Blöd nur: Wir werden nicht mehr, sondern weniger. Ob's in Celle wohl nochmal ein „proletarisches Klassenfest“ (Engels) wird?



----- 03.05.2022 -----

Freiheit für Marlene & Matej

Zum „Tag der Pressefreiheit“ hat die Ortsgruppe von „Gemeinsam Kämpfen – für Selbstbestimmung und demokratische Autonomie“ gegen die Inhaftierung der deutschen Journalistin Marlene Förster und ihren slowenischen Kollegen Matej Kavčič protestiert. Seit dem 20. April sind sie inhaftiert und werden vom irakischen Geheimdienst in Bagdad festgehalten. Die beiden Journalist:innen recherchierten über die Situation der Êzîd:innen und die gesellschaftlichen Entwicklungen im Şengal: „Gerade jetzt, mit der Entwicklung, dass das irakische Militär die Bevölkerung im Şengal angreift, ist Berichterstattung und Öffentlichkeit wichtiger denn je. Wir fordern Freiheit für alle inhaftierten Journalist:innen und das Recht auf freie Meinungsäußerung weltweit.“

Von der Bundesregierung erwarten wir sofortiges Handeln, was den Fall der Journalistin Marlene Förster und ihren Kollegen Matej Kavčič betrifft.“

----- 07.05.2022 -----

Von Fischer zu Baerbock

... still ♡ WAR --- das war die Erklärung für zwei Löcher in der Fensterscheibe des Büros von B'90/Die Grünen. „Wir sind bestürzt über das Maß an Aggressivität“, äußerten sich die Stadtverbandsvorsitzenden Annette Schmah und Daniel Beer. Das dachten der/die Täter:innen wohl auch. Nur anders.

----- 12.05.2022 -----

Vereidigung

„Zeigen Sie sich in Uniform außerhalb der Kaserne - in der Innenstadt, im Bus, in der Bahn.“ Das war die Aufforderung von Oberbürgermeister Nigge bei der Vereidigung vor dem Celler Schloss an die Rekruten des Feldwebel-/Unteroffizieranwärterbataillon 2 (FA/UA-Btl 2) richtete. Außerdem betonte der Ehemalige, dass dies schon seine 8. Teilnahme als OB an einer BW-Vereidigung wäre. Alte Liebe rostet nicht. - Gespielt wurde neben der unvermeidlichen Nationalhymne irritierenderweise auch der „Petersburger Marsch“.

----- 15.05.2022 -----

Gelungenes Stadtteilstfest

Eigentlich hatte die Solidarische Initiative Neuenhäusen ja ein Straßenfest direkt auf der Jägerstraße geplant. Da die Stadt dafür eine Genehmigung versagte, gab's ein Kiezfest auf dem Botan-Gelände. Bei feinstem Wetter eine super entspannte Angelegenheit ganz ohne Kommerz.



Peacemaker und moralische Verwahrlosung



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und be-
ginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Kritiker:innen der medialen Mobilmachung wird ja jetzt moralische Verwahrlosung vorgeworfen. So jedenfalls unter viel Bei-
fall der ukrainische Botschafter Melnyk gegenüber Harald Welzer.

Der lange Lulatsch: Melnyk, dieser „Bandera-Fan“. Fast ein Muster-
beispiel für Putins Entnazifizierungsgerede.

Klein Jonas: Wieso das?

Der lange Lulatsch: Bandera war ein übler ukrainischer Faschist. Er
war seit Ende der 1920er Jahre Mitglied der Organisation Ukrainischer
Nationalisten (OUN), die von Andrij Melnyk geleitet wurde. Ups, aber
– wie es heißt – weder verwandt noch verschwägert. Im Jahre 1934
wurde Bandera in Polen zum Tode verurteilt, weil man ihm eine Betei-
ligung an der Ermordung des polnischen Innenministers vorwarf. Diese
Strafe wurde jedoch in lebenslange Haft umgewandelt. Zu Beginn des
Zweiten Weltkrieges kam er frei und kollaborierte erst mit den Nazis.
Bandera-Milizen waren dann an Pogromen gegen die jüdische Zivilbe-
völkerung beteiligt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bandera-
Gruppe missfielen den Nazis aber bald, und er wurde verhaftet und als
sogenannter Ehrenhäftling ins KZ Sachsenhausen gebracht. 1944 wurde
er entlassen, um an der Seite der Nazis gegen die Rote Armee zu kämp-
fen. Nach 1945 ging er nach München ins Exil, wo er 1959 von einem
KGB-Agenten erschossen wurde.

Oma Lilo: Und am Grab dieses Faschisten hat der jüngere Melnyk
2015 Blumen niedergelegt.

Der lange Lulatsch: Was ihm die deutschen Leitmedien aber nicht
übelnehmen.

Die Dicke: Zurück zu Welzer und Co. Ich finde es ja gut, dass sie sich
ins mediale Handgemenge begeben. Die Linken – also die Partei – ist ja
ein Total-Ausfall. Zwei banale Erklärungen gab’s bisher vom Partei-
vorstand: eine zu Kriegsbeginn und eine zum 8. Mai.

Der Besserwisser [mit ironischem Unterton]: Für die guten Erklärun-
gen gibt’s ja jetzt die AfD.

Der lange Lulatsch: Die haben eben kein Vertrauen ins doitsche Volk.
Mit all dem Gendergaga, denken sie wohl, würde Deutschland auch den
Dritten Weltkrieg verlieren. Nein, sie haben ein Gespür für Missmut in
Teilen der Gesellschaft. Europa, Flucht, Corona ... Jetzt halt die be-
rechtigte Furcht, dass irgendwer die Kosten der Unterstützung der Uk-
raine zu zahlen hat. Und dass das nicht die Rheinmetall-Aktionäre sind.

Die Dicke: Ich wäre nicht überrascht, wenn die AfD demnächst Anti-
Kriegs-Demonstrationen initiiert.

Der lange Lulatsch: Dann hat die Linke – als Partei und Bewegung –
ein Problem. „Wir zahlen nicht für eure Kriege!“ ist zwar eine gute Lo-
sung, auch die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und
gegen weitere Waffenlieferungen ist ja richtig ... aber wen würde das
gerade auf die Straße locken?

Klein Jonas: Bei den Fridays wäre das schwierig. Es gibt keine Positi-

on zu Waffenlieferungen und es gibt auch keine Ablehnung der deutschen Aufrüstungspolitik.

Der Besserwisser: Wer als politische Kraft nicht dagegen ist, ist unterm Strich dafür.

Klein Jonas: Ja. Das sehe ich auch so. Es gibt halt bei vielen eine Nähe zu den Grünen. Luise Neubauer ist ja auch Mitglied.

Oma Lilo: Bei den Demos vor der NRW-Wahl gab's ja immerhin eine ganz gute Positionierung. Eine klare Ablehnung von Investition in andere fossile Infrastruktur, stattdessen konsequente Energiewende, um fossile Abhängigkeiten und Kriege zu beenden.

Der lange Lulatsch: Ein bisschen Kritik an Habecks Kurs, okay.

Oma Lilo: Ich denke, sie können sich nicht wehren gegen die Eindeutigkeits-Erzählungen von Gut und Böse. Das Gute soll halt siegen. Das Böse soll verlieren.

Die Dicke: Und daraus machen dann die Hofreiter dieser Welt, dass, wer keine Waffen liefert, die Niederlage will, die Kapitulation der Ukraine. Oder Baerbock: „*Wir dürfen keinen Diktat-Frieden zulassen. Russland muss verlieren.*“

Der Besserwisser: Ganz auf der Linie der USA.

Oma Lilo: Jeder Tag, den der Krieg länger dauert, sterben die Leute – auf beiden Seiten. Mit jeder kriegsverlängernden Waffenlieferung gibt es mehr Zerstörung und mehr Opfer. Ein Waffenstillstand bringt sofort einen Bruch mit der Eskalation der Gewalt. Da hat der Welzer doch Recht. Und ich finde deshalb, wer mit Waffenlieferungen eine Verlängerung des Krieges will, ist mitverantwortlich für die Opfer.

Klein Jonas: Und dann sagen sie dir aber, dass es doch Putin ist, der keinen Waffenstillstand will.

Oma Lilo: Dann sage ich, es gibt genauso auf Nato-Seite Kräfte, die aktuell kein Ende des Krieges wollen. Nach Boris Johnson soll es keine Einigung mit Russland geben, solange die Ukraine nicht die Oberhand hat. Laut Washington Post gibt es Nato-Mitglieder, die wollen, dass die Ukrainer – Zitat: „*weiter kämpfen und sterben als einen Frieden zu erreichen, der zu früh kommt.*“ Unsere Position muss doch sein, genau damit zu brechen.

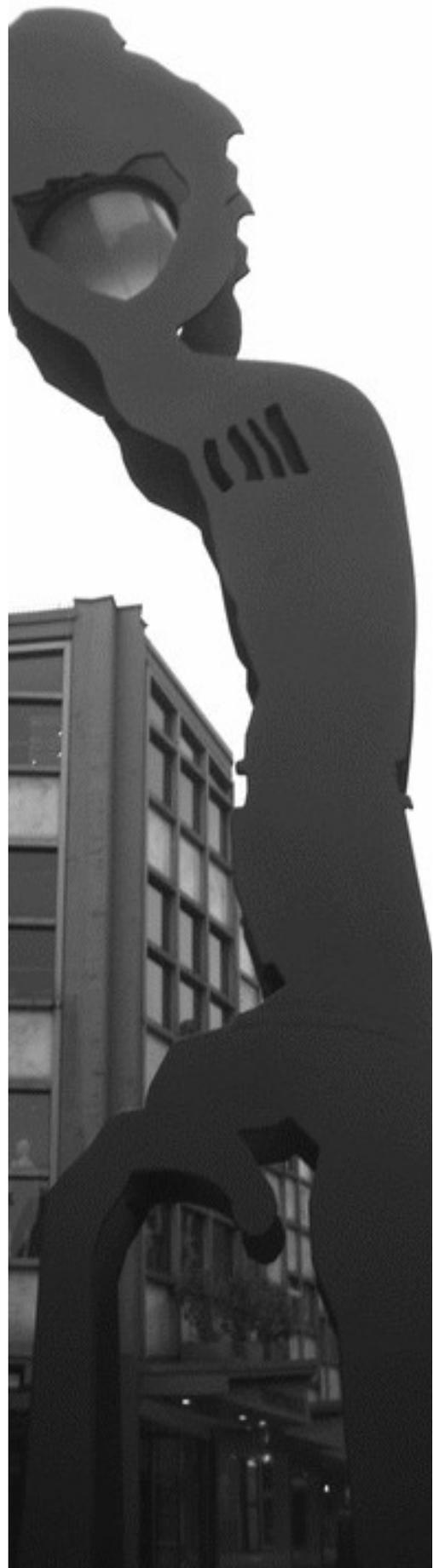
Der Besserwisser: Russland ringt halt um seine Behauptung als strategische Macht – die Nato um deren Erledigung.

Die Dicke: Und ja, die Ukraine ist dabei – wie Brzeziński schon gesagt hat – „durch ihre bloße Existenz“ von Bedeutung.

Der lange Lulatsch: Obwohl ja eben nicht – wie suggeriert wird – die ganze Welt an der Seite der Ukraine steht, ist die Situation doch trotzdem so, dass keine einem sofortigen Waffenstillstand folgende Verhandlungslösung die Existenz der Ukraine in Frage stellen würde. Unsere Position kann nicht die Russlands sein, aber auch nicht die der Nato. Internationalismus von unten gegen Imperialismus von oben – vielleicht?

Oma Lilo: Blöderweise sind wir davon genauso weit entfernt wie Rosa Luxemburg vor über 100 Jahren: „*Wenn die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt, dass Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind Kriege unmöglich geworden.*“

Klein Jonas: Desertation beginnt im Kopf, oder?



Militarisierung ist keine Solidarität

Die Wochen seit dem 24. Februar erleben wir als neuen Ausnahmezustand: Der Krieg in der Ukraine ist präsent wie kein anderes Thema, es demonstrieren auf einmal so viele Menschen gegen Krieg, wie wir uns in den vergangenen Jahren auf Antikriegsdemos lange gewünscht hätten, während ein Großteil dieser Menschen leider sowohl die Aufrüstungskampagne der Bundesregierung als auch Waffenlieferungen an die Ukraine unterstützt. Die Zeiten, in denen eine überwältigende Mehrheit Waffenexporte in Kriegsgebiete ablehnte, scheinen vorbei zu sein. Selbst in Teilen der außerparlamentarischen Linken in der BRD sind Kursänderungen in diesem Kontext wahrzunehmen.

Solidarität mit fadem Beigeschmack

Während der Krieg in der Ukraine brutal Menschenleben und Lebensgrundlagen zerstört, mehrere Millionen in die Flucht treibt und weltweit Hunger verschärft, sind die Auswirkungen hier in der BRD zwar weniger existenziell, aber durchaus deutlich. Zunächst etwas Positi-

ves: Bislang gibt es breite Unterstützung für diejenigen, die vor dem Krieg nach Deutschland fliehen. Menschen stellen Wohnungen zur Verfügung und organisieren gemeinsam Hilfe von unten. Viele in der BRD zeigen durch ihr Handeln Solidarität.

Leider nicht ohne Beigeschmack: Viel zu oft werden flüchtende BIPOC vergessen, die aus rassistischen Gründen massiv auf der Flucht behindert und diskriminiert werden; Sinti:zze und Rom:nja aus der Ukraine wird abgesprochen, dass sie aufgrund des Krieges fliehen. Viele Menschen, die aus anderen Kriegsgebieten nach Deutschland gekommen sind, fragen sich zurecht, warum sie so anders behandelt werden. Was macht sie zu Flüchtenden zweiter oder dritter Klasse? Ebenso hören wir sofort patriarchal-kapitalistische Ausbeutungsfantasien: Es heißt, geflüchtete Ukrainerinnen könnten ja den Personalmangel im unterbezahlten Pflegesektor stopfen.

Militarisierter Diskurs

In Deutschland erleben wir den Krieg vor allem als Medienspektakel. Überall sind Liveticker, dank denen wir den Truppenverschiebungen, Bombeneinschlägen, Todeszahlen, Waffenlieferungen, Beschuldigungen, Forderungen und Statements der Politiker:innen folgen können wie zuvor den Coronazahlen.

Dieser Krieg ist wohl vor allem deshalb in den Köpfen und Ängsten der Menschen angekommen, weil er alle Medien bestimmt, während Kriege wie im Jemen oder in Kurdistan als Randnotiz behandelt werden. Eines ist jedoch besonders bemerkenswert: Die Menge der Berichte steht in krassem Kontrast zu den darin beschriebenen Erklärungen und Handlungsmöglichkeiten. Putins Machtwahn sei Ursache für diesen Krieg, der nun Waffenlieferungen, Sanktionen, eigene Aufrüstung und weitere Truppenstationierungen des Westens in Osteuropa nötig mache. Die EU, die sich sonst gern als Friedenspol präsentiert, verzichtet in diesem Fall auf Chefdiplomat:innen, die zwischen den Kriegsparteien vermitteln und Waffenstillstände aushandeln (diese Rolle wird aktuell dem türkischen Regime überlassen). Stattdessen werden aus dem Topf der „EU-Friedensfazilität“ Waffenlieferungen an die Ukraine finanziert.

In dieser Stimmung wird fix die zeitnahe Erhöhung des jährlichen Militäretats auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts beschlossen. Das entspricht über 70 Milliarden Euro und damit mehr als 15 % der Ausgaben des Bundeshaushalts. Zusätzlich werden der Bundeswehr weitere 100 Milliarden für neues Kriegsgerät genehmigt. Im Strudel des komplett militarisierten Diskurses bekommt diese massive Beschleunigung der deutschen Aufrüstung kaum Gegenwind. Es wird wenig hinterfragt, warum die BRD – die gleichauf mit Frankreich den größten Militä-



retat innerhalb der EU hat – nun mehr Geld benötige. Mit dem großen Wort der „Zeitenwende“ scheint sich alles von selbst zu erklären.

Doch bei der Betrachtung der geopolitische Lage und der deutschen Außen- und Rüstungspolitik lässt sich aus den jüngsten Ereignissen keine „Wende“ ableiten. Die letzten Jahre sind geprägt von Kriegen beispielsweise im Irak, Libyen, Syrien, Kurdistan oder Jemen. Die BRD beteiligt sich längst am Wettstreit der verschiedenen imperialen Kräfte in dieser Phase des kapitalistisch-patriarchalen Systems. Sie versucht in den letzten Jahren kontinuierlich, sich als wirtschaftliche und politische Führungsmacht Europas zu etablieren. Dazu agiert sie als Teil der NATO und EU militärisch außerhalb der BRD und der EU. Dabei geht es um die Sicherung nationalstaatlicher Interessen – heißt: politischer Einfluss, Sicherung von Handelsrouten, Verhinderung von Fluchtbewegungen nach Europa und Zugriff auf Ressourcen.

Werbetrommel für den Krieg

Nicht ohne Grund wurde die Bundeswehr mit massiven PR-Kampagnen in die Öffentlichkeit gezerrt – denn diese Form der Politik braucht die gesellschaftliche Unterstützung der Armee ebenso wie genug junge Menschen, die bereit sind, in den Krieg zu ziehen. Anstelle eines Paradigmenwechsels gibt es vielmehr eine drastische Beschleunigung der Militarisierung und Aufrüstung im Schatten des Ukraine-Krieges. Die Wende erleben wir eher in der gesellschaftlichen Unterstützung dieses Prozesses. Während vor wenigen Jahren 80 % der hiesigen Bevölkerung Waffenexporte in Kriegsgebiete ablehnten, scheint aktuell eine Mehrheit Waffenlieferungen an die Ukraine mitzutragen. Die Militarisierung der Debatte verengt den Blick auf Handlungsmöglichkeiten dramatisch. Die Logik des Krieges bestimmt das Denken. Nur so ist zu erklären, dass es keinen großen Aufschrei gibt, wenn Außenministerin Annalena Baerbock davon spricht, Bildung, Kultur und Sport müssten sich zukünftig nach den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands ausrichten, und ein Kommentator in den Tagesthemen erklärt: „*Wer den [Mentalitätswandel] nicht vollzieht, gefährdet die Sicherheit Deutschlands.*“

Auch wenn solche Statements nicht die Zukunft vorhersagen, machen sie vorstellbar, womit wir uns befassen müssen: einer Zuspitzung des kapitalistisch-patriarchalen Systems, die Errungenschaften vorausgegangener Kämpfe angreifen wird. Während die herrschende Klasse gebetsmühlenartig die Verteidigung der Demokratie predigt, zeigt sich im selben Atemzug ihre autoritäre Haltung, denn Militarisierung und Krieg stärken patriarchale Unterdrückung und Gewalt. Wenn mit schweren Waffen ganze Städte und Landstriche vernichtet und Unmengen an Ressourcen in Aufrüstung gesteckt werden, sind das Schläge gegen alle Versuche, den menschengemachten Klimawandel aufhalten zu wollen. Die Kriegskosten drücken sich bereits jetzt in massiv steigenden Lebenshaltungskosten aus, die den Monatslohn deutlich abwerten. Zugleich sind die Folgen der Preissteigerun-



gen für Menschen in Afrika und im arabischen Raum noch viel gravierender.

Wie wollen wir leben?

Kurz: Die Eskalation weltweiter Kriege wie derzeit in der Ukraine verschärft alle Probleme, gegen die wir als linke Bewegung(en) kämpfen. Genau deswegen verdeutlicht uns die aktuelle Situation, wie wichtig es ist, dass wir in diesen Momenten zusammen denken und vereint handeln. Die Kämpfe für ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung, gegen Rassismus und Diskriminierung gehören zusammen mit den Kämpfen für Demokratie von unten, für internationale Solidarität und ökologischen Wandel, für feministische Befreiung. Sie zeigen die Notwendigkeit einer Revolution, eines Bruchs mit dem herrschenden System und stellen gleichzeitig die banal klingende Frage „Wie wollen wir leben?“ Die Antworten bringen uns zurück zu unseren Werten, zu der Form, wie wir miteinander und mit der der Natur umgehen wollen, und zeigen uns deutlich, wer unsere strategischen Verbündeten sind.

Als Bündnis „Rheinmetall Entwaffnen“ erwarten wir nicht, dass die Staaten die aktuelle Krise lösen werden, denn Krieg ist fester Bestandteil des herrschenden Systems. Wir werden uns weiterhin gegen Aufrüstung, Militarisierung und Waffenlieferungen stellen und die Profiteure der Kriegswirtschaft wie Rheinmetall und Co angehen.

Die Berichte über diverse Streiks der letzten Wochen geben Hoffnung auf eine internationalistische Bewegung von unten gegen Krieg und die imperialistischen Interessen der NATO und Russlands. So bestreikten Beschäftigte aus dem Transportsektor in Belarus, Italien und

Griechenland Waffentransporte von Russland und der NATO in die Ukraine. In einem Aufruf aus Griechenland wurde erklärt: „Wir werden keine Kompliz:innen bei der Durchfahrt der Kriegsmaschinerie über das Territorium unseres Landes sein. Wir fordern, dass Schienenfahrzeuge unseres Landes nicht verwendet werden, um das US- und NATO-Arsenal in benachbarte Länder zu bringen.“ Auch in Berlin demonstrierten Bahnbeschäftigte der Gewerkschaft EVG gegen den Krieg und machten klar, dass sie sich weigern werden, Kriegsgerät zu transportieren. Anfang April streikten Arbeiter:innen in über 70 Städten Griechenlands gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen infolge des Krieges. Auch in der BRD sind für weite Teile der Bevölkerung schon jetzt materielle Folgen des Krieges spürbar.

Wir zahlen nicht für eure Kriege!

Ob der gesellschaftliche Diskurs von einer Haltung internationaler Solidarität oder von staatstragender nationalistischer Standortpolitik und rassistischer Abschottung bestimmt wird, ist noch nicht entschieden. „Wir zahlen nicht für eure Kriege!“ könnte ein Slogan in dieser Auseinandersetzung sein, die zugleich die umfassenden Folgen der Militarisierung einbeziehen muss.

Um die nationalen Profiteure der Rüstungsindustrie ins Visier zu nehmen, ruft das Bündnis „Rheinmetall Entwaffnen“ vom 30. August bis 4. September zu einem Camp und Aktionstagen während der Kunstausstellung documenta in Kassel auf. Diese werden sich in den bürgerlich-liberalen Normalzustand einmischen, in dem es möglich ist, zugleich kritische Kunst zu feiern, während wenige Meter weiter Panzer produziert werden, die ein tödliches EU-Grenzregime ermöglichen. Das Camp wird zudem ein Ort des Lernens sein, in dem wir unsere vielfältigen Erfahrungen und Ideen miteinander teilen und uns gemeinsam stärken können.

Lukas von „Rheinmetall Entwaffnen“



Die Doppelmoral eines Kriegsgewinners

Erklärung von urgewald und dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur virtuellen Hauptversammlung von Rheinmetall am 10. Mai:

Bereits zum Zeitpunkt der Krim-Annexion 2014 prognostizierte der Konzern den Beginn eines „Super-Zyklus“ für die Rüstungsindustrie, mit stark steigenden staatlichen Ausgaben. Und tatsächlich konnte der Düsseldorfer Konzern als einer der Hauptlieferanten für die Bundeswehr stark an der Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben von 32 Mrd. Euro 2014 auf 47 Mrd. Euro 2021 partizipieren. Rheinmetall dürfte zudem massiv von den Plänen Deutschlands sowie zahlreicher anderer EU-Staaten profitieren, als Reaktion auf den Ukraine-Krieg substantiell in die eigene Aufrüstung zu investieren.

Besonders makaber wirkt dies angesichts der Tatsache, dass der Konzern 2014 trotz Krim-Annexion noch ein Gefechtsübungszenrum an Russland ausliefern wollte. Als ihm dies von der damaligen Bundesregierung untersagt wurde, klagte Rheinmetall dagegen. Auf der Hauptversammlung 2015 rechtfertigte der Vorstand die Klage damit, Schäden für die Aktionär:innen des Konzerns „zu vermeiden und zu minimieren.“ Die Klage und das Veto der Bundesregierung wird Rheinmetall-CEO Armin Papperger bei seiner morgigen Hauptversammlungsrede geflissentlich verschweigen (...).

Barbara Happe von urgewald kritisiert: „Dass Rheinmetall sich hier als ‚edler Sicherheitsgarant‘ darstellt, der als Reaktion auf die Annexion seine Geschäftsaktivitäten mit Russland eingestellt habe, ist unerträglich und schlichtweg falsch. Vor allem, weil ja nur ein Veto der damaligen Bundesregierung verhindert hat, dass seitdem nicht jährlich 30.000 russische Soldaten mit Rheinmetall-Technik für den Krieg geübt haben bzw. noch üben.“

Für Kritik sorgt zudem, dass der Konzern trotz steigender nationaler Aufträge vom Bund an seiner Internationalisierungsstrategie festhält und seine Rüstungsgüter auch weiter in andere Krisen- und Kriegsgebiete liefert. Durch die Schaffung „neuer Heimatmärkte“ in Ländern wie zum Beispiel Südafrika oder Ungarn kann sich der Konzern von deutschen Exportregularien unabhängig machen. Zum Beispiel darf Rheinmetall jetzt wieder Munition über Südafrika an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate liefern, obwohl beide Länder in den Jemen-Krieg verstrickt sind. Zudem wurden in den letzten fünf Jahren Munitionsfabriken in höchst problematischen Ländern wie Ägypten und Saudi-Arabien gebaut.

Tilman Massa vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre fordert: „Die Debatte um den Krieg in der Ukraine darf nicht dazu führen, Rüstungskonzerne plötzlich als Garanten der weltweiten Sicherheit oder gar als sozial nachhaltig einzustufen. Solange Konzerne wie Rheinmetall weiterhin bereitwillig die Despoten dieser Welt, die in völkerrechtswidrige Kriegshandlungen verstrickt sind, mit Waffen beliefern, machen sie sich mitschuldig am Tod vieler unschuldiger Menschen.“

<https://www.kritischeaktionaeere.de/rheinmetall/die-doppelmoral-eines-kriegsgewinners/>



Wir kennen es aus Westdeutschlands Geschichte: Es gibt „gute“ Flüchtlinge. Das sind jene, deren Fluchtgründe sich politisch instrumentalisieren lassen. Bis 1989 waren das alle, denen die Flucht aus der DDR in den Westen gelang. Alle anderen standen auch damals unter Verdacht. Gerade sind es die aus der Ukraine geflohenen Menschen, die weitgehend mit offenen Armen empfangen werden. Gleichzeitig werden andere abgeschoben, weil die Kriege, die Verfolgung und der Hunger, vor denen sie geflohen sind, an deutschen Schreibtischen keine Geltung beanspruchen dürfen. Vor allem aber: Sie sollen erst gar nicht mehr kommen.

Das ist das große Projekt der Europäischen Union, deren Werte zu preisen Politik und Medien gerade nicht müde werden. Das Autor:innen-Kollektiv „meuterei“ hat jetzt in dem Buch „Grenzenlose Gewalt“ detailliert die Systematik der tagtäglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bilanziert, die von Brüsseler Schreibtischen aus orchestriert und von hochgerüsteten Grenz-wächter:innen exekutiert wird. Menschenrechtsverletzungen nehmen an Europas Außengrenzen unterschiedliche Formen an. Mörderisch sind sie überall. Und wer es trotzdem schafft, europäischen Boden zu betreten, muss erleben, wie Flucht als Verbrechen behandelt wird.

Autorinnenkollektiv Meuterei: Grenzenlose Gewalt. Der unerklärte Krieg der EU gegen Flüchtende - Hg. v. Lesen ohne Atomstrom, ISBN 978-3-86241-491-8, 312 Seiten, 18,00 €

Abschiebung nach Albanien

Ende April wurde eine albanische Familie aus Celle abgeschoben. Der Familienvater berichtete telefonisch, dass die Polizei nachts ganz leise in die Wohnung geschlichen sei und zunächst ihn, an Händen und Füßen gefesselt, ins Polizeifahrzeug verbracht hätten. Etwa anderthalb Stunden später seien dann seine Frau und die drei Kinder dazu gekommen. Kleidung hätten sie nicht mitnehmen dürfen, auch nicht für die Kinder.

Der Familienvater war bereits jahrelang im hannoverschen Klinikum Warendorff ambulant in Traumabehandlung. Zuletzt wartete er auf die Aufnahme in die Celler Psychiatrie-Klinik Warendorff. Die Ausländerstelle der Stadt habe ihm mitgeteilt, dass er wegen ihrer Intervention keinen Platz erhalten habe.

Betroffen sind ein halbjähriges Kleinkind und zwei autistische Kinder: fünf und sieben Jahre alt, für die Fachärzte des Celler Sozialpädiatrischen Zentrums bescheinigt hätten, dass die Kinder nicht reisefähig sind. Trotzdem wurde die gesamte Familie nach Albanien abgeschoben.

Gehörlose Geflüchtete in Wietze

Ende April wurden vier gehörlose ukrainische Geflüchtete – unfreiwillig – in die Gemeinde Wietze im Landkreis Celle „verteilt“. Die Männer waren Anfang März mit einer aus 180 Personen bestehenden Gruppe Gehörloser nach Berlin gekommen. Anfängliche Zusagen der Regierenden Bürgermeisterin Giffey, wonach die Gruppe zusammenbleiben könne, wurden durch die Sozialsenatorin Kipping unterlaufen. 18 Personen wurden nach Köln verlegt und von dort die vier Männer nach Wietze.

Der dagegen in Berlin u.a. von Flüchtlingsrat und Gehörlosenverband organisierte Protest fand die erforderliche Presseresonanz, und – so der Zwischenstand: Die in Berlin verbliebene Gruppe soll nicht weiter auseinandergerissen werden.

Bleibt die Frage, wie es weitergeht mit den vier gehörlosen Männern in Wietze. Auch wenn sich zwischenzeitlich ein ehrenamtlicher Dolmetscher um sie „kümmert“, der die Gebärdensprache und russisch beherrscht, wollen sie zurück in die große Gruppe.

Clara Belz, Flüchtlingsbeauftragte des Gehörlosenverbandes Berlin: „Die Gruppe ist ähnlich einer Familie in hohem Maße aufeinander angewiesen, da sie sich nur untereinander in russischer Gebärdensprache verständigen kann. Durch die intensive Unterstützung aus der Berliner Gehörlosengemeinschaft konnten die zum Teil schwer traumatisierten Menschen ein Stück Sicherheit und Vertrauen zurückgewinnen.“



„Wohin fahren Sie in den Urlaub? Vielleicht irgendwohin, wo Sie direkt vor der Haustür in einer schönen Umgebung sind, in der Sie sich gerne aufhalten und verweilen?“ Dies ist eine der Fragen des Buches „Autokorrektur“, die uns Lesende zum Nachdenken anregen soll. Die Leser:innen fragen sich nahezu automatisch, warum eigentlich diese schöne Umgebung nicht direkt vor der eigenen Haustür beginnen kann.

Die 1973 geborene Autorin Katja Diehl kennt sich aus, wenn es um Fragen zur Mobilität geht. Sie berät unter anderem den Verkehrsminister von Baden-Württemberg und engagiert sich im Vorstand des Verkehrsclub Deutschland (VCD). Mit ihrem Buch verfolgt sie einen systemischen Ansatz, der nicht auf Seite 241 endet. In unzähligen Quellenangaben gibt sie Hinweise zu weiterführenden Informationen, und das von ihr gepflegte Autokorrekturwiki macht deutlich, dass das Thema nicht in einem einzigen Buch abschließend zu verhandeln ist. (siehe: <https://katja-diehl.de/autokorrekturwiki/>)

Immer wieder betont Diehl, dass die erste Regel der Verkehrswende lautet: Wege vermeiden! Immer wieder weist sie darauf hin, dass es viele Menschen gibt, die gar nicht freiwillig das Auto benutzen, sondern weil sie einfach keine andere Möglichkeit haben, sich sicher und flexibel von A nach B zu bewegen. In über 40 Interviews hat sie dies besonders auch für Frauen, Transpersonen

und BIPoC belegt. Ihre Frage „Willst du oder musst du Auto fahren?“ sorgte regelmäßig für anfängliches Erstaunen.

Das auf der ersten Buchseite genannte Ziel „Jede:r sollte das Recht haben, ein Leben ohne eigenes Auto führen zu können“ ist noch längst nicht für alle Menschen erreicht. Die Autorin belegt anhand der Geschichte der letzten 200 Jahre, dass die Stadtplanung seit der Mitte des letzten Jahrhunderts zu einer Verkehrsplanung mutierte, geführt von weißen cis-Männern, die das Auto in den Mittelpunkt ihrer Planungen stellten. Das Wertesystem der Gesellschaft, das sonst recht gut funktioniert, setzt beim Auto aus, ist die Folgerung aus ihrer Analyse.

Erst die menschengerechte Gestaltung des öffentlichen Raums ermöglicht die Mobilität für eine lebenswerte Welt. Und da der Raum in der Vergangenheit viel zu oft autogerecht gestaltet wurde, muss dieser umgedacht und neu konzipiert werden.

Doch Diehl sieht auch immer wieder Chancen, es besser zu machen, die früher getroffenen Entscheidungen zu revidieren, Visionen zu entwickeln, zu realisieren und so dem Zustand näher zu kommen, dass die schöne Umgebung vor der eigenen Haustür beginnt.

Man könnte der Autorin vorwerfen, dass die genannten Lösungsansätze (Kopenhagen, Paris, Barcelona, Eimsbüttel, Siemensstadt) schon bekannt sind ... doch zuerst sollte man der Gesellschaft vorwerfen, dass diese funktionierenden Ansätze immer noch nicht flächendeckend realisiert sind.

Auszüge des Buches werden im Rahmen der Veranstaltung „LIST liest“ am 26.06.2022 um 15:00 Uhr auf der Parkpalette am Celler Badeland vorgelesen.

Katja Diehl: Autokorrektur – Mobilität für eine lebenswerte Welt. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2022, ISBN 978-3-10-397142-2, 18 €, im Bestand der Stadtbibliothek Celle enthalten

#####

Petition

Breite Straße – Bäume erhalten

Die Parents for Future Celle haben eine Petition gestartet "Breite Straße - Bäume erhalten" mit im Kern folgenden Forderungen an den Oberbürgermeister:

"Wir wollen so viele Bäume wie möglich erhalten und den alten Allee-Charakter der Straße bewahren. [...] Wir wollen, dass über die Breite Straße nicht allein die Stadtverwaltung entscheidet, sondern dass darüber wieder in den politischen Gremien beratschlagt wird. Wir wollen, dass Fachkompetenz aus der Bürgerschaft Gehör findet. Das ist gelebte Demokratie, wie wir sie uns alle wünschen.

Hier der Link: <https://www.openpetition.de/petition/online/breite-strasse-baeume-erhalten>

Es reicht nicht, den Kapitalismus grün anzumalen

Im April war Lorenz Gösta Beutin zu einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Celle. Am Rande haben wir mit ihm ein Interview geführt.

?: Sag uns kurz, wo du politisch herkommst?

!: Ich habe angefangen in einer Jugendgruppe des BUND, dann war ich in der Grün Alternative Jugend im Kreis Stormarn in Schleswig-Holstein. In Kiel war ich dann aktiv in der Studierendenbewegung. Da habe ich dann 2004 die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WAsG) mitgegründet, war dann 2007 erster Landesprecher der Linken und habe da vor allem Landespolitik gemacht, auch im Bereich Klima- und Umweltpolitik. Und 2017 bin ich über Platz 2 der Landesliste in den Bundestag gekommen. Und im vergangenen Jahr hat der Listenplatz 2 dann nicht gereicht.

?: In der Satiresendung „Die Anstalt“ gab es den „Witz“, dass die Grünen für das Programm der Linken gewählt würden. Nur das kennt leider kaum jemand.

!: Wir haben in der Fraktion im Januar 2020 den „Aktionsplan Klimagerechtigkeit“ beschlossen. [Link siehe am Ende des Interviews.] Das ist aus meiner Sicht das zentrale Werk der Legislaturperiode. Mit 32 Abgeordneten, Mitarbeiter:innen und Referent:innen haben wir es erarbeitet und bei einer Enthaltung in der Fraktion beschlossen. Jetzt ist die Aufgabe, das in die Breite zu tragen, auch damit es konkretisiert und etwa auf Kommunen heruntergebrochen wird. Nur eine Linke, die sich glaubwürdig dem Thema annimmt, hat eine Zukunft.

?: Eine Kapitelüberschrift im Aktionsplan ist, „Den

Wandel gerecht gestalten“. Gerade erleben wir dramatische Energiepreissteigerungen, was als soziales Problem wahrgenommen wird, aber abgekoppelt von dem Zusammenhang Klimagerechtigkeit.

!: Zu Beginn der Corona-Pandemie haben manche gedacht, jetzt rückt staatliches Handeln wieder in den Vordergrund, jetzt gibt es Bewegung in Richtung solidarische Gesellschaft. Aber letztlich haben sich die Reaktionsmuster der Finanzkrise 2008/2009 wiederholt. Die Superreichen sind die Gewinner der Pandemie, und normale Leute haben nicht nur durch Kurzarbeitergeld, sondern jetzt auch durch Inflation Einkommenseinbußen. Stark steigende Energiepreise gab es schon vor dem Krieg. Und seit Beginn des Krieges ist ja nicht weniger, sondern mehr Gas verfügbar, die Importe wurde gesteigert, die Ölpreise sind zwar gestiegen, aber noch unter dem Höchststand von 2012. Was sich vor allem gesteigert hat, sind die Gewinnmargen der Konzerne. Aus linker Sicht wäre jetzt nötig, die Gewinne abzuschöpfen und umzuverteilen. Aber das ist nicht der Impuls der Regierung. Die hat eine andere Umverteilung im Sinn: Spritpreisrabatt, was vor allem Fahrer:innen von dicken Autos zugute kommt, aber gleichzeitig Gift ist für die Verkehrswende.

?: Aber immerhin für drei Monate das 9-Euro-Ticket.

!: Sicher, nice to have. Menschen merken vielleicht, wie sinnvoll eine Mobilitätswende sein könnte. Aber das Ticket ändert nichts an der grundsätzlichen Misere, also dass Bus und Bahn schlecht ausgebaut sind, dass ganze Regionen abgehängt sind vom öffentlichen Nahverkehr



Lorenz Gösta Beutin als Parlamentarischer Beobachter bei einer Aktion von Extinction Rebellion Berlin vor dem Sitz des „Verbands der Automobilindustrie“.

und wo Menschen dann keine Alternative zum Auto haben. Eigentlich muss in Deutschland eine Grundsatzentscheidung getroffen werden - wie in der Schweiz schon 1987. Wir wollen ja, dass jede Ortschaft über 100 Einwohner:innen angeschlossen wird an den ÖPNV. Das ist in der Schweiz weitgehend erreicht. Und das zuverlässig und häufig, mit dem sogenannten Schweiz-Takt. Aber das konnte nur erreicht werden, indem die Finanzströme umgeleitet wurden, indem mehr in Bus und Bahn investiert wurde, indem Strecken reaktiviert und neue Strecken in Betrieb genommen wurden. In der Schweiz wird das Fünffache pro Kopf für Bahninfrastruktur ausgegeben wie in Deutschland. Momentan geht es bei uns in die falsche Richtung: Es ist weder sozial gerecht, noch schafft man die Verkehrswende. Eine Änderung ist überhaupt nicht in Sicht.

?: *Die Schweiz hat keine eigene Automobilindustrie, keine Mineralölkonzerne. In Deutschland gibt es in dieser Hinsicht andere Kapitalinteressen.*

!!: Die Klimakrise hat ihre Ursachen in der Entstehung des Kapitalismus in der Industrialisierung und dann eben auch in der Hinwendung zum Auto, und damit einer Ausrichtung unserer ganzen Mobilität auf das Auto mit Auswirkungen für den Städtebau usw.. Und einer Ideologisierung und Emotionalisierung des Ganzen. D.h., wir haben in Deutschland sehr massiv Konzernmacht, und das verbunden mit Emotionen. Aber wenn du dich nicht grundlegend anlegen willst, wird es nicht funktionieren, weil die Lobbyinteressen einfach so groß sind. Man wird die Systemfrage stellen müssen und das heißt auch, ein anderes Verkehrssystem zu etablieren, heißt, zu brechen mit Konzernmacht und dem Dogma des ewigen Profits. Es geht an dieser Stelle um einen sehr grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel. Wenn die Klimakrise ihre Ursache im Kapitalismus hat, dann müssen die Ursachen mit bekämpft werden. Wir müssen hinkommen zu einer solidarischen und klimagerechten Gesellschaft, wo langfristig geplant wird und wo eben gesehen wird, dass Lebensqualität nicht mit grenzenlosem Wachstum einhergehen muss. Es geht um eine ganz andere Art des Produzierens und Konsumierens in anderen Wirtschaftskreisläufen. Es reicht einfach nicht aus, den Kapitalismus grün anzumalen.

?: *Da stellt sich die Frage. Was können gute Projekte sein auf dem Weg zu einer klimagerechten Welt? Am Ende geht es ja auch darum, Menschen zu überzeugen, dass es nicht nur wichtig und besser ist, sondern dass es auch "schöner" ist.*

!!: Ich denke, es gibt diese Erfahrungen in vielen Bereichen. Beispiel: In Sprakebüll, einem kleinen Dorf in Nordfriesland, hat die Gemeinde schon in den 1990ern die Energiewende selbst in die Hand genommen mit inzwischen Windkraftpark, zwei Solarparks, Car-Sharing-Flotte. Neue Projekte: Batterienutzung als Zwischenspeicher, autonom fahrende Sechsstufiger-Bus. Es gibt da viel Kreativität, die als Vorbild dienen können. Die dezentrale Energiewende ist möglich, und es könnte ein demo-

kratisches Projekt sein. Anderes Beispiel: Wo etwas für den Fahrradverkehr getan wird, steigen Menschen vom Auto um aufs Fahrrad. In Kiel gibt es inzwischen einige Velorouten, also Fahrradstraßen, die zwar auch Prestigeobjekte sind, aber intensiv genutzt werden. 50 % der Wege in Deutschland sind unter 5 km, das Auto ist da nicht nur überflüssig, sondern auch Gift, denn bei kurzen Wegen greift der Katalysator bekanntlich kaum.

?: *Wichtig scheint uns ein Bruch mit dem Wachstumsparadigma, das durch den viel beschworenen Green Deal nicht in Frage gestellt wird.*

!!: Ja, der herrschende Diskurs ist ein anderer. Als ich im Wirtschaftsausschuss des Bundestages mal argumentierte, dass der Ressourcenverbrauch radikal zurückgeführt werden müsste, bekam ich von Wirtschaftsminister Altmeier zu hören, dass sehe er nicht so. Andere Länder würden von unserem Ressourcenverbrauch profitieren, ja seien geradezu darauf angewiesen. Wir müssten also nur das heutige Energieregime in ein postfossiles Zeitalter überführen, also Gas- und Ölimporte durch Wasserstoff ersetzen. Das dadurch neue koloniale Verhältnisse und Abhängigkeiten entstehen, interessierte ihn nicht. Dazu kommt ein ungebrochenes Marktvertrauen. Dabei regelt der Markt nichts. Bei allen Klimafragen brauchen wir verbindliche Regeln. Wir können das weder einem Markt anvertrauen, noch auf die Individuen abladen.

?: *Letzte Frage: Gibt es sowas wie eine nationale Verantwortung?*

!!: Von der Aufmerksamkeit steht jetzt der Krieg im Zentrum des medialen und politischen Interesses, und die Warnung des letzten IPCC-Berichts geht unter. Wir haben noch drei Jahre Zeit, um das Schlimmste zu verhindern. Diese Warnung verhallt. Ich habe im Vortrag eine Folie, die zeigt, dass unter den zehn größten CO₂-Schleudern Europas sieben Kohlekraftwerke aus Deutschland sind. Das heißt: Die müssen schnellstmöglich stillgelegt werden. Wir hören von Verharmlosern oft, Deutschlands CO₂-Anteil liegt doch nur bei zwei Prozent, was gemessen an einem Anteil an der Weltbevölkerung von einem Prozent ja schon viel ist. Aber unsere historische Verantwortung seit Beginn der Industrialisierung ist selbstverständlich viel, viel größer. Das Pariser Klimaabkommen weicht dieser Problemstellung aus, die historische Schuld ist dort nivelliert worden. Im historischen Maßstab haben wir „unser“ CO₂-Budget doch schon längst überschritten. Für die aktuelle Situation benutze ich gern das Bild eines fast vollen Wasserglases, das unter einem tropfenden Wasserhahn steht. Bildlich gesprochen kann jetzt ein einziger Tropfen das Glas zum Überlaufen bringen.

Der „Aktionsplan Klimagerechtigkeit“ findet sich zum Download hier

<https://www.dielinke-klima.de/aktionsplan/aktionsplan-klimagerechtigkeit/>

Soziale Verteidigung statt militärischer Verteidigung

Hallo, ich bin Jochen Neumann von der KURVE Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. Wir sind eine Friedens- und Menschenrechtsorganisation aus dem Wendland, die u.a. eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen in der Ukraine zusammenarbeitet. Wir entsenden sogenannte Friedensfachkräfte in solche Krisenregionen, die bei lokalen



Akteuren mitarbeiten und unterstützen. Wir bieten außerdem zahlreiche Seminare zu ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung an und hatten – vor Corona – über 2.000 Übernachtungen pro Jahr in unserem Tagungshaus mit Teilnehmenden aus aller Welt. Wir nennen diese Bildungsarbeit Trainings und ich bin selbst Trainer in einigen dieser praxisorientierten Seminare. Ich wäre auch viel lieber mit euch in einem Seminar und könnte mit euch diskutieren statt hier eine Rede zu halten. Es ist auch erst meine vierte Rede. Und mir wurden 15 Minuten gegeben – ich hoffe ich werde das nicht noch überziehen. Soviel vorweg zu meiner Person, damit ihr mich und meinen Hintergrund einordnen könnt.

Nun zum Thema meiner Rede: In meiner Lokalzeitung gab es am Donnerstag einen zweiseitigen Artikel über die Ostermärsche – der war im überregionalen Mantelteil, also vielleicht auch in eurer Lokalzeitung. Dort hieß es, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Friedensbewegung vor ein Dilemma stelle und dieses Jahr die große Frage sei, wie Angegriffene sich verteidigen sollen.

Naja, die Frage ist nicht neu und seit Jahren Teil unserer Trainings und Realität unser Partnerorganisationen in vielen Kriegsgebieten. Aber sie ist tatsächlich das Thema meiner Rede hier und heute:

Wie können sich die Menschen in der Ukraine erfolgreich und ohne Waffen gegen den russischen Angriff verteidigen? Und wie können wir uns hier in Deutschland verteidigen, ohne 100 Milliarden Sondervermögen und jährlich mehr als 2% des Bruttosozialprodukts für militärische Verteidigung auszugeben?

Erst gestern sagte ein Freund, der heute auch hier ist: *„Ich bin auch für friedensbewegt. Ich habe den Wehrdienst verweigert. Ich bin gegen Waffenlieferungen und Rüstungsproduktion. Aber ich komme auch ins Zweifeln: Was soll man denn sonst tun, wenn man angegriffen wird? Kann man mit Putin noch verhandeln und auf Vernunft setzen?“*

Der erste Teil der Antwort lautet: Soziale Verteidigung.

Vielleicht fragt ihr euch: Was soll das sein „Soziale Verteidigung“? Oder wie soll das gehen?

Vielleicht denkt ihr auch: Das ist doch Quatsch. Das funkti-

oniert doch nicht. Seid doch nicht so naiv.

Ich will das genauer erklären und Beispiele geben:

Was ist Soziale Verteidigung und wie funktioniert das! Wo hat das in der Vergangenheit funktioniert und sogar in den letzten Wochen in der Ukraine!

Ihr habt sicher auch die Bilder gesehen von Menschen in der Ukraine, die sich alleine vor einen Panzer gestellt haben, oder als Gruppe vor einen ganzen Militärkonvoi.

Habt ihr auch von der Stadt gehört, wo sich die Einwohner:innen in großen Scharen auf die Zufahrtstraßen zur Stadt gestellt haben?

Auf dem Foto, das ich gesehen habe, konnte ich keinen Meter Asphalt mehr erkennen. Das ist gewaltfreier Widerstand. Das ist organisierte soziale Verteidigung einer ganzen Stadt.



Kurz dazu eine Definition aus unserem Trainingshandbuch: *„Soziale Verteidigung ist ein Konzept für einen gewaltfreien Widerstand, der eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen Staatsstreich von innen schützen soll.“*

Also, soziale Verteidigung ist organisierter gewaltfreier Widerstand, der für zwei Fälle taugen soll: einen Angriff von Außen sowie einen von Innen. Im Grunde geht es darum, das ganze Land, die Gesellschaft unregierbar zu machen.

Okay, aber kann das funktionieren?

Ich möchte euch zuerst ein kurzes Beispiel geben für einen Angriff von Innen. Eine Erfolgsgeschichte sozialer Verteidigung und zwar eine über einen Militärputsch in Deutschland. Militärputsche gibt und gab es nicht nur in Myanmar oder dem Sudan. Es gab auch den sogenannten Kapp-Putsch in Deutschland. Das ist zum Glück lange her: Das war im Jahr 1920.

Bei dem Militärputsch gegen die Regierung der jungen Weimarer Republik sollte Wolfgang Kapp als neuer Machthaber eingesetzt werden.

Auslöser war die Absicht der demokratisch gewählten Regierung, gemäß den Vorgaben des Versailler Vertrags die Reichswehr drastisch zu verkleinern und die sog. Freikorps aufzulösen.



Der gewaltfreie Widerstand bestand vor allem aus einem Generalstreik, der das öffentliche Leben nahezu komplett lahmlegte. So verweigerten Drucker:innen die Befehle der Putschisten zu drucken.

Dem Streik hatte sich auch der Deutsche Beamtenbund angeschlossen. So weigerten sich Mitarbeiter:innen der Reichsbank und Beamte im Finanzministerium, den Zugriff auf die Staatskasse und zahlten den Putschisten schlicht kein Geld aus.

Die gewählte Regierung war nach Stuttgart geflüchtet und ermutigte zum Widerstand. Es wurden zum Beispiel Aufrufe zur Desertation aus dem Flugzeug abgeworfen.

Ergebnis: Der Kapp-Putsch scheiterte nach fünf Tagen.

Wer kannte diese Geschichte? [Einige heben die Hand.] Aha, schön. Ich habe diese Frage schon einmal in Lüchow gestellt, da war nur Kopfschütteln.

Und wer hat darüber in der Schule etwas erfahren? [Zwischenruf: „Selbst eingebracht.“] Sehr gut.

Ich möchte euch kurz ein zweites Beispiel nennen. Diesmal eines zu einem Angriff von Außen und wieder geht es um Deutschland.

Es geht um das Jahr 1923. Damals haben belgische und französische Truppen das Rheinland besetzt. Die britische und us-amerikanische Regierung duldet die Besetzung.

Die wichtigste Strategie des Widerstands bestand schlicht und einfach darin, den Befehlen der Besatzer nicht zu gehorchen. Nur 400 von 170.000 Eisenbahnmitarbeiter:innen kooperierten mit den Besatzern. Viele Beamt:innen wurden wegen Befehlsverweigerung mit harten Strafen verfolgt und fast 50.000 Beamt:innen wurden aus dem besetzten Rhein-

land verwiesen. Über 200 Zeitungen wurden von den Besatzern verboten. Aufgrund der wirtschaftlichen Folgen brach der Widerstand nach neun Monaten zusammen. Aber in zwischen war die öffentliche Meinung in den USA, Großbritannien und selbst in Frankreich und Belgien gekippt. Verhandlungen wurden aufgenommen und letztlich zogen sich die französischen und belgischen Truppen aus dem Rheinland zurück.

Es gibt noch viele weitere Beispiele – ein sehr interessantes ist Finnland zwischen 1899 und 1905, als Finnland eine autonome Region Russlands war. Ja wirklich, hab ich auch bis vor kurzem nicht gewusst. Oder auch Beispiele aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs: Als in Dänemark couragierte Bürger rund 7.000 der 8.000 jüdischen Mitbürger:innen die Flucht nach Schweden ermöglichten.

Oder in Norwegen, wo sich über 1.000 Lehrkräfte der geplanten „Nazifizierung“ der Schulen widersetzen und dafür auch zwischenzeitlich in Haft waren.

Ich will deutlich sagen, dass soziale Verteidigung nicht bedeutet, dass niemand leiden muss oder niemand getötet werden würde. Aber es geht auch nicht zwingend darum, dass Putin und sein Machtzirkel zur Vernunft kommen muss. Letztlich beruht das Konzept der sozialen Verteidigung auf der Grundannahme, dass alle Macht vom Volke ausgeht und jede Regierung am Ende nicht ohne die Zustimmung ihrer Bürger:innen an der Macht bleibt.

Und es ist keine Utopie, sondern ein Fakt, der mir Hoffnung macht: Wir Menschen, überall auf dieser Welt, ticken so, dass wir nicht einfach zustimmend nicken, wenn ein unbewaffneter Mensch mit anderer Meinung erschossen werden soll. Es gibt nur sehr wenige Soziopathen und die dürfen nicht an die Macht kommen oder bleiben – weder in Deutschland, noch den USA, noch Russland.

Klar, meine historischen Beispiele waren nicht immer landesweite Kampagnen, die von allen in der Bevölkerung getragen wurden oder vollständig gewaltfrei waren und oder die Gegenseite erfolgreich zum Einlenken bewegt haben. Aber die Beispiele zeigen, dass eine konsequente Strategie der sozialen Verteidigung eine erfolgreiche Alternative zu militärischen Verteidigung ist.

Aus den vielen Beispielen lassen sich auch Faktoren ableiten, die den Erfolg sozialer Verteidigung wahrscheinlicher machen. Und damit zurück zur Ukraine: Ich will ein paar Faktoren aufzählen, die auch in der Ukraine gegeben sind:

1. Es ist hilfreich, die gegnerischen Soldat:innen direkt ansprechen zu können. Viele Ukrainer:innen sprechen Russisch.
2. Es ist förderlich, wenn Gemeinsamkeiten gefunden werden können. Zwischen Ukrainer:innen und Russ:innen gibt es relativ viele solcher biografischen, beruflichen oder familiären Verbindungen. So verfängt derzeit auch die Dämonisierung der Ukrainer:innen bei vielen Russ:innen nicht.
3. Es ist auch hilfreich, dass viele Ukrainer*innen positive Erfahrungen mit gewaltfreiem Protest und Widerstand gemacht haben wie bei der „Orangen Revolution“ 2004 oder dem „Euro-Maidan“ 2014.

Ich habe ja schon einige Bilder und aktuelle Beispiele aus der Ukraine angesprochen. Ich will hier noch eine ukrainische Kollegin zu Wort kommen lassen, die mir am 11. März per Email berichtete:

„Es ist wichtig, dass es viele mutige Städte in der Ukraine gibt, die derzeit unter der Kontrolle des russischen Militärs sind, aber wo sich Tausende unbewaffnete Zivilist:innen friedlich den Invasoren widersetzen! Sie protestieren gegen die russische Besatzung von Angesicht zu Angesicht mit den russischen Soldaten! Diese Städte sind: Kherson, Nova Kakhovka, Berdyansk, Enerhodar, Konotop, Melitopol und viele andere ukrainische Städte und Gemeinden.“

Ich habe den höchsten Respekt vor diesen mutigen Menschen in der Ukraine, die sich ohne Waffen der russischen Besatzung widersetzen. Eine Kollege beschrieb mir die Situation so, dass auch 150.000 russischen Soldaten, die derzeit im Einsatz sein sollen, nicht ausreichen würden, um die Ukraine zu besetzen.

Für mich ist klar, soziale Verteidigung kann funktionieren und ist eine erfolgversprechende Alternative zur militärischen Verteidigung für die Menschen in der Ukraine und vor allem auch für uns hier in Deutschland.

Aber wieso sehen das so viele Menschen anders?

Ich war, wie vielleicht viele von euch, geschockt von der von Bundeskanzler Scholz proklamierten „Zeitenwende“, die zu einer massiven militärischen Aufrüstung führen soll. Noch ist das nicht umgesetzt worden. Aber ich bin skeptisch, ob wir das noch aufhalten können.

Ich habe mich gefragt, wie so viele Politiker:innen, aber auch viele Menschen um mich herum, in Waffenlieferungen für die Ukraine oder der militärischen Aufrüstung in Deutschland die Lösung sehen.

Es gibt da sicher viele Erklärungsansätze. Manche hier werden sagen, dass es an den gesellschaftlichen Strukturen unseres kapitalistischen Systems liegt oder an den politischen Machtverhältnissen – die Wirkung der Lobby- und Pressearbeit von Rheinmetall hat mir jedenfalls auch zu denken gegeben. Als wir hier am 18. März vor der Zufahrt eine gewaltfreie Sitzblockade gemacht haben, hat keine einzige überregionale Zeitung darüber berichtet – trotz ziemlich guter Pressearbeit unsererseits. Stattdessen war in derselben Woche in quasi allen Zeitungen zu lesen, dass der Rheinmetall-Geschäftsführer der Bundesregierung ein Rüstungspaket in Höhe von 42 Milliarden Euro angeboten hatte und der Aktienkurs nach oben geschneit sei.

Dennoch möchte ich noch eine sozialpsychologische Erklärung anbieten, warum so viele Menschen und Gesellschaften auf militärische statt soziale Verteidigung setzen:

Unser Erleben und unsere Sozialisierung, vor allem auch in der Schule, ist davon geprägt, dass es nicht nur legitim ist, sich mit Gewalt gegen Gewalt zu wehren, sondern auch erfolgreich.

Dabei ist das faktisch falsch. Es gibt unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, dass in den letzten 100 Jahren gewaltfreier Widerstand erfolgreicher war gewaltsamer. Das kann ich jetzt nicht näher erläutern. Aber bitte mal im Internet suchen nach der Studie: Why civil resistance works? und dann gibt es da viele Videos mit einer der Autorinnen der Studie, Erica Chenoweth. Ich kann den 12-minütigen, sehr bewegenden TED-Talk (<https://youtu.be/YJ-SeeRIU34w>) empfehlen.

Es gibt übrigens auch seit den 1980er Jahren eine Friedensorganisation in Deutschland, die genau zu diesem Ansatz arbeitet: der Bund für Soziale Verteidigung in Minden. Dort

findet ihr im Internet noch viel mehr Infos.

Ich denke nicht, dass es einfach nur eine Art „Bildungslücke“ ist, die wir mit Bildungsarbeit zu sozialer Verteidigung füllen könnten. Es braucht mehr. Es reicht nicht, wenn der Kopf uns sagt „Mehr Waffen bringen nicht mehr Frieden“ und gleichzeitig das Herz fühlt „Wenn ich angegriffen werde, dann schlage ich zurück.“ Wir müssen diesen emotionalen Impuls überwinden. Wie genau, weiß ich auch noch nicht.

Aber ich bin mir sicher: Wir können nicht nur „Nein zu Krieg und Aufrüstung“ sagen. So wie wir im Wendland nicht nur „Nein zu Atomkraft“ gesagt haben, sondern auch Pioniere für alternative Energiequellen geworden sind, müssen wir auch jetzt die Alternativen aufzeigen und leben. Die Alternativen zum Militär und Aufrüstung müssen umgesetzt werden, erlebbarer und bekannter werden.

Ich schulde euch übrigens noch den zweiten Teil der Antwort, wie Kriege beendet oder vermieden werden können.

Hier geht es um das ganze Spektrum ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Dazu gehören auch wirtschaftliche und politische Boykotte und Sanktionen. Manche in der Friedensbewegung lehnen diese ab, aber wenn diese demokratisch legitimiert und strategisch sinnvoll eingesetzt werden, sind sie unverzichtbar. Angeblich sei ein Verzicht auf russisches Öl und Gas schädlicher für uns als für Russland. An dieser Stelle möchte ich noch einmal aus der Donnerstagsausgabe meiner Lokalzeitung zitieren. Dort kritisiert Claudia Kempfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin den Einfluss der Großkonzerne und schreibt:

„Ein Energieembargo ist angebracht und auch machbar. Es täte weh, keine Frage. Aber wenn wir es richtig anpacken, gewinnen wir doppelt: Wir vermeiden nicht nur die Eskalation des Krieges oder verkürzen ihn womöglich, sondern wir stärken unsere politische und ökonomische Zukunftsfähigkeit als Demokratie und klimagerechte Industrialisation.“

Letzteres wäre allerdings nicht mein Wort.

Zu dem Spektrum der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung zählen auch Alternativen zum Militär, die bereits existieren, ja sogar als staatlich finanzierte Programme. Ein Beispiel ist der sogenannte Zivile Friedensdienst, der seit 1999 mehrfach evaluiert und ausgebaut wurde. Das ist das Programm, mit dem wir die Entsendung unserer am Anfang erwähnten Friedensfachkräfte in die Ukraine finanzieren können. Insgesamt sind derzeit rund 370 solcher ZFD-Fachkräfte in 44 Ländern im Einsatz. Dafür gibt die Bundesregierung pro Jahr 55 Millionen Euro aus.

Zum Vergleich ein einziger Leopard 2-Panzer, wie er hier von Rheinmetall hergestellt wird, hat die Bundeswehr im September 2021 (laut MDR) 15 Millionen Euro gekostet.

Und welcher Bundeswehreininsatz wurde bisher erfolgreich evaluiert? Ich weiß von keinem.

Die Instrumente für die konstruktive Bearbeitung von Konflikten wie der Zivile Friedensdienst müssen gestärkt und weiter ausgebaut werden – nicht die Bundeswehr.

Ich habe keinen fertigen 5- oder 10-Punkteplan. Aber ich habe ein paar Punkte, die ich wichtig finde und zum Schluss benennen will:

1. Die aktuellen Beispiele für soziale Verteidigung aus der Ukraine müssen dokumentiert und angemessen publiziert werden – auch in den TV-Nachrichten. Ich träume davon, dass diese täglich stattfindenden Widerstandsaktionen mindestens genauso viel Raum bekommen wie die Berichte über Bombardierungen und Gegenangriffe.

2. Die historischen und aktuellen Beispiele sozialer Verteidigung müssen in der Schule thematisiert werden. Ich träume davon, dass in den Geschichtsbüchern, die gewaltfreien Aufstände und Kampagnen mindestens genauso viel Raum bekommen wie die Schlachten.

3. Das Konzept der sozialen Verteidigung muss praktisch eingeübt werden und Menschen müssen sich dazu bekennen. Ich träume davon, dass wir uns als Wendland oder gemeinsam mit der Südheide hier zu einer Widerstandsregion erklären, in der wir uns fit machen für soziale Verteidigung und auf militärische Verteidigung und Rüstung verzichten.

4. Militärische Verteidigungsbündnisse wie die NATO müssen überflüssig werden und eine neue europäische, besser noch globale Sicherheitsarchitektur muss geschaffen werden. Ich träume davon, dass die OSZE spätestens zu ihrem 50. Geburtstag im Jahr 2025 wieder belebt wird und die Vereinten Nationen zu einer echten Weltregierung und moralischen Instanz reformiert werden, ohne Vetorechte für sogenannte Supermächte.

Mir fallen noch ein paar mehr Punkte ein. Auch ein paar Konkretisierungen. Aber genug für heute, um den Weg zu skizzieren.

Am Tag als von Bundeskanzler Scholz die „Zeitenwende“ proklamiert wurde, habe ich zu meiner Frau gesagt, dass ich wohl nicht mehr erleben werde, dass wir das wieder rückgängig machen. Es ist schwer zuversichtlich zu bleiben, gegen den Trend zu arbeiten und zu erleben, wie die „Zeitenwende“ womöglich Schritt für Schritt umgesetzt wird. Ich habe aber gleich dazu gesagt, dass es meine Generation sein muss, die jetzt dagegen hält – für die nächste Generation, für unsere Kinder!

Denn wir können uns entscheiden:

Gegen Krieg und militärische Aufrüstung und für soziale Verteidigung und zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung!



<https://www.kurviewustrow.org/>

<https://www.soziale-verteidigung.de/>

Roman zu Nazi-Netzwerk Kapplers Hut

Wie groß der Einfluss von Nationalsozialisten in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik war, wurde in den vergangenen Jahren mit jeder neuen historischen Untersuchung zu Institutionen immer deutlicher. Die meisten älteren Zeitgenoss:innen dürften dazu auch ein Alltagsleben in ihrem Erinnerungsschatz haben. In Celle nur als Beispiele: Ein Ritterkreuzträger als Landrat, der Adjutant des Führers als Geschäftsführer des DRK, der Leiter des Referats „Entjudung“ in Frankreich als Oberbürgermeister - dann die Treffen von Stahlhelm und Ritterkreuzträgern 1983 und 1993.

Internationales Aufsehen erregte 1977 die "Flucht" des Kriegsverbrechers Herbert Kappler aus italienischer Haft, was unsere Region insoweit tangierte und "interessierte", als seine "Heimkehr ins Reich" an den Wohnort seiner Frau in Soltau erfolgte.



In seinem Roman „Kapplers Hut“ beleuchtet der Burgdorfer Autor Gerd Bohne das Netzwerk, das seinerzeit für die Flucht des ehemaligen Chefs der Gestapo in Rom verantwortlich war. Bohne schickt sein Alter-Ego, den Hobbyhistoriker Hermann Weber, auf eine Recherche-Tour durch europäische Archive. Dabei ergeben sich Zusammenhänge zwischen dem Verschwinden des Mussolini-Schatzes 1945, einem Netzwerk ehemaliger SS-Angehöriger sowie Neonazi-Kreisen. Und er finden sich Hinweise dazu, welche Kreise und Interessen dafür sorgten, dass selbst größte Kriegsverbrecher in Westdeutschland ein weitgehend unbehelligtes Leben führen konnten. Dass es auch in den Nuller-Jahren, in denen Bohne den Roman spielen lässt, noch Kräfte gab, die sich gestört fühlten, bringt eine Krimi-Dimension in den Stoff.

Begleitet wird Weber bei seinen Recherchen von der in Portugal geborenen Anwältin Rosa Cigara, die Zusammenhänge mit ihrer Familiengeschichte entdeckt. Die Paar-Konstellation erinnert an Krimis von Wolfgang Schorlau, was ja kein schlechtes Qualitätsmerkmal sein muss.

Gerd Bohne: Kapplers Hut. Books on Demand 2022, 472 Seiten, ISBN-13: 9783755742807, 16,99 Euro

Neues in der Stadtbibliothek

Das Jahr des Dugong

Auf gut 130 Seiten erzählt John Ironmonger „Eine Geschichte für unsere Zeit“, wie der Untertitel lautet. Aber aus einer anderen Zeit, nämlich einer, die das sechste große Artensterben hinter sich hat. Ironmongers Setting dabei: In einer fernen Zukunft wird ein Finanz“hai“ unserer Zeit auf Spitzbergen aufgetaut und wiederbelebt – Jahrhunderte nach dem Einsetzen der Katastrophe. Und dieser Toby Markham wird von „Überlebenden“ vor ein Gericht gestellt unter der Anklage der Mittäterschaft an Terzazid und Genozid. Ironmonger entwickelt daraus eine Reflexion über die ungeheuerliche Borniertheit und Entgrenzung unserer Zeit. Dem Muster klassischer Erzählungen folgend sensibilisiert Ironmonger seine Leser:innen für die wirklichen Herausforderungen.



John Ironmonger: Das Jahr des Dugong – Eine Geschichte für unsere Zeit. Verlag: S. FISCHER, ISBN: 978-3-10-397131-6, 14 Euro – In der StaBi unter Neuerscheinungen oder S Iron.

Freiheit für alle

Richard David Precht ist ein Verfechter des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Jetzt hat er zur Begründung ein Buch vorgelegt, das in Titel und Cover an Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ erinnern soll. Prechts These in aller Kürze: Das längst angebrochene Zweite Maschinenzeitalter selbstlernender Computer und Roboter wird die Arbeitswelt in den früh-industrialisierten Gesellschaften dramatisch unter Druck setzen.

Aus dieser Dynamik folgert Precht die Notwendigkeit eines Sprungs von der Arbeitsgesellschaft zu einer Sinn-gesellschaft, und er legt den Weg dar, den Überlegungen zum BGE in den letzten Jahrhunderten genommen haben - spannend dabei die Bezugnahmen auf Marxens „Maschinenfragment“.

En passant verweist der Philosoph darauf, dass der unbegrenzte Zwang zum quantitativen Wachstum zu einem gewaltigen Problem geworden ist. „Menschen, die sich unausgesetzt für die bei der Arbeit entgangene Lebens-

freude materiell entlohnen und immer wieder entlohnen müssen, sind, milliardenfach multipliziert, ein Sargnagel der Menschheit.“

Das Ende der Arbeitsgesellschaft höhle parallel die daran gekoppelten Sozialsysteme aus. Das BGE stehe quer zum alten Sozialstaatsdenken. Es argumentiere nicht mit der Absicherung der Armen gegen die größte Not, sondern mit der Notwendigkeit, dass alle als vollwertige Staatsbürger:innen an der Gesellschaft teilhaben soll, ungeachtet ihres Status auf dem Arbeitsmarkt.

Bei der wichtigen Frage der Finanzierung setzt Precht auf eine Finanztransaktionssteuer, die aber nur in wenigstens europäischem Rahmen tragfähig sei. Und – problematisch: Das BGE kann nach Precht nur Staatsbürger:innen einschließen. - Die Freiheit wäre dann doch nicht „für alle“.

Richard David Precht: Freiheit für alle. Das Ende der Arbeit wie wir sie kannten. Goldmann Verlag, 538 Seiten, ISBN 978-3-442-31551-2, 24,00 Euro – StaBi unter „Bestseller Sachbuch“



... und noch ein paar Neuerwerbungen

Diehl, Katja: Autokorrektur. Mobilität für eine lebenswerte Welt. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2022, 272 Seiten, – Standort: Bestseller Sachbuch

Kopmann, Mischa: Haus in Flammen. Roman. Osburg 2022, 160 Seiten, Standort: Bestseller Romane

Regener, Sven: Glitterschnitter. Roman. Berlin 2021. 480 Seiten, Standort: Bestseller Romane

Breitenwischer, Dustin: Die Geschichte des Hip-Hop. 111 Alben, Reclam Verlag 2021, 281 Seiten. Standort: Neuerwerbungen Sachbuch

Hinton, Elizabeth: America on Fire. Rassismus, Polizeigewalt und die Schwarze Rebellion seit den 1960ern, Karl Blessing Verlag 2021, 496 Seiten, Standort: Neuerwerbungen Sachbuch

Coates, Ta-Nehisi: The Beautiful Struggle. Der Sound der Straße, Karl Blessing Verlag 2021, 304 Seiten, Standort: Neuerwerbungen Sachbuch

Auf die Bretter, die die Welt bedeuten

Der Autor dieser Zeilen hat in vier Jahrzehnten eine ganze Reihe von Nachwuchstalenten durch die Spielkreise, AGs und Jugendtheatergruppen in Celle gehen sehen. Aus recht wenigen ist „ein/e richtige/r Schauspieler/in“ geworden. Tony Marossek - von 2008 bis 2011 im Jugendclub und als gesuchter Statist auf der Hauptbühne (unter anderem *Endstation Sehnsucht / Himmelwärts / Logout*) zu sehen – hat neben seiner Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten seine Theaterbegeisterung wachgehalten und später den Weg zur Aufnahme an einer Schauspielschule und dann 2018 den Eintritt in ein Erstengagement geschafft. Im April konnten wir ihn in Kiel in zwei Stücken - einer poetischen Inszenierung von Steinbecks *Von Mäusen und Menschen* (Foto) und stark in *Hermannsschlacht 2023*, einem Soloabend als Eigenproduktion des Staatstheaters - sehen. In der Theaterkan-



Foto: Staatstheater Kiel, Olaf Strunz

tine schildert Tony seinen Weg: 24 Castings habe er in zweieinhalb Jahren durchlaufen, sich bei einer privaten und zahlreichen staatlichen Schauspielschulen im deutschsprachigen Raum beworben mit Bildmaterial, vorbereiteten Rollen und Demo-Videos. Staatliche Schulen sind wohl immer noch die -Kosten!- günstigere Weise sich für ein Engagement zu empfehlen. Das kostet Zeit und Mühe. Und Geld – allein für einigermaßen akzeptable Fotos ist das schnell einmal ein vierstelliger Betrag. Und Glück muss der Mensch dabei auch noch haben: das Max Reinhardt Seminar hatte Tony zuerst in die Endauswahl gelangen lassen, einmal rundweg abgelehnt und beim dritten Male schließlich angenommen. Dann folgte die Ausbildung über acht Semester.

Ist er nun angekommen? Keineswegs – das zweite Engagement ist noch wichtiger als das erste und die Schauspielerei ist eine Arbeit, die keine abschließende Befriedigung kennt – natürlich sind manche Vorstellungen für die Theatermenschen beglückend, das gemeinsame Erarbeiten eines Werkes und der Austausch mit immer neuen Menschen spannend, aber der Selbst-Zweifel ist ständiger Begleiter, denn Kunst erfindet Antworten auf die Fragen des Lebens immer wieder neu.

Die Theatergewerkschaft Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) verlangt eine Erhöhung der Mindestgagen auf 2.750 bis 3.100 Euro, abhängig von der Größe der Häuser und Qualifikation der Mitarbeiter*innen... Aktuell liegt die Mindestgage bei 2.000 Euro. Einige, aber bei weitem nicht alle Theater zahlen mittlerweile freiwillig mehr, so zum Beispiel Bremen oder drei Staatstheater in Hessen. 2000 Euro lägen "im Vergleich zum öffentlichen Dienst unter dem Bereich der un- und angelernten Küchenhilfen und Boten", so die Gewerkschaft. Bühnenkünstler*innen hätten hingegen "meist einen Hochschulabschluss, sie arbeiten an Sonn- und Feiertagen, unter der Woche oftmals im zweigeteilten Dienst und häufig länger als andere Berufsgruppen". Auch angesichts der steigenden Inflation sei deshalb "eine drastische Erhöhung der Mindestgage" eine "längst überfällige Korrektur, die schnellstmöglich umgesetzt werden muss".

Und die Ökonomie?

Wie sieht die sozio-ökonomische Alltagslage von Theaterleuten aus? Ach, es wird in unserem Land ja alles vertraglich geregelt- für die Bühnenschaffenden tut dies der ominöse Normalvertrag - Solo (NV); es gibt das Verbot der Risiko-Sportarten, das Ehegattenbeschäftigungsverbot der Intendanz und fürs darstellende Gewerbe gilt: mitzubringen ist „bei Männern ein Straßenanzug - bei Frauen ein Straßenkleid - für beide Geschlechter das zu Anzug und Kleid jeweils gehörende Schuhwerk sowie die dazugehörige Kopf- und Handbekleidung“.

Es scheint darauf hinauszulaufen, daß Schauspieler*innen kein Auto haben sollten und eine billige Wohnung in der Innenstadt; sie sollten ein festes Engagement oder ein paar Verträge für TV-Werbung haben, sie sollten keine Familie gründen wollen (Frauen sollten möglichst nicht altern) und keine sozialen Kontakte außerhalb der Theaterwelt wünschen, wegen der Arbeitszeiten an sieben Tagen in der Woche sowie der morgendlichen Proben und den Vorstellungen überwiegend abends; Text sollten sie möglichst nachts lernen können, sonst bleibt wenig Zeit zur Nahrungsaufnahme. Und sie sollten nicht freiberuflich arbeiten – dann gibt es gar keine Absicherung – oder sie sollten vielleicht doch frei arbeiten: dann winkt das große Geld. Vielleicht!

... 2.550 €, immerhin 550 € mehr als bisher, klingt doch ad hoc erstmal gar nicht so schlecht - aber: Die GDBA hat durchaus nachvollziehbare Gründe, sich mit diesem Angebot nicht zufrieden geben zu wollen ... auf der Webseite ... heißt es u.a.: „eine Mindestgage von 2.550 € würde noch immer nicht dem gesetzlichen Mindestlohn gerecht, zumindest nicht nach den Berechnungen der GDBA“.

Schlosstheater Premieren im Juni

Hiervon trifft manches auch auf die weiteren künstlerischen Berufe an den Bühnen zu: Regie und Bühnenbild; Kostüme, Bühnenmusik und Maske. Es gibt an den wenigsten subventionierten und privaten Häusern noch eine sogenannte Hausregie – Werkverträge sind die Regel und selten bleiben Dramaturg*innen lange an einem Haus; Hausautor*innen sind eine Rarität. Allein die Leute in Werkstatt, Bühnenmaschinerie und Verwaltung haben eine stabilere Lebensperspektive.

Warum tun diese Leute sich das alles an? Die Theaterwelt kann eine ganze wunderbare Erfüllung vermitteln und die Funktion von Bühne – von Kunst allgemein – ist gesellschaftlich so notwendig wie eine zeitgemäße Pädagogik, umfängliche Sozialarbeit und allgemein zugängliche Heilkunst. Ein Blick in die regionale und die globale Lage der Dinge zeigt: notwendiger ist dies denn je.

GEPUNKT

Am 1. Juni wollen sich die Tarifparteien für die Bühnenschaffenden in der Republik zu einer neuen Verhandlungsrunde treffen.



Erinnerung an fünf Schriftsteller

Am 4. Juni findet im gesamten deutschsprachigen Raum wieder der Dichterrosentag statt, zu dem der »Verein Literaturlandschaften« aus Nordhorn aufruft. An Gedenkortern für Schriftsteller:innen werden an diesem Tag Rosen niedergelegt, die an die Person und das Werk erinnern sollen. Die Ernst-Schulze-Gesellschaft wird sich in diesem Jahr wieder am Dichterrosentag beteiligen. Auf einem Rundgang mit fünf Stationen sollen fünf Dichter geehrt werden. An jeder Station wird auf die Person und das Werk in einer kleinen Ansprache eingegangen, und es wird aus einem Werk zitiert, dann wird eine Rose niedergelegt. So sieht die Planung aus: Uhrzeit: 13.30 h Ernst Schulze am Denkmal im Rosengarten am Französischen Garten, ca. 13.50 h Fritz Graßhoff an der Ecke Fritz-Graßhoff-Gasse / Kalandgasse, ca. 14.10 h Johann Arndt in der Stadtkirche, am Gemälde mit dem Autor, ca. 14.30 h Ludwig Hölty vor dem Haus Schuhstraße 22 mit der Gedenktafel, ca. 15.00 h Johann Anton Leisewitz am Hotel „Leisewitz’ Garten“, Wittinger Str. 56, anschließend gemeinsames Kaffeetrinken im Hotel „Leisewitz’ Garten“, möglichst im Garten des Hotels.

ROMULUS DER GROSSE

Komödie von Friedrich Dürrenmatt

Dem Römischen Weltreich steht der Untergang bevor. Kaiser Romulus widmet sich auf seinem Landsitz lieber der Hühnerzucht als den stündlich eintreffenden Katastrophenmeldungen über den Einmarsch der Germanen oder den drohenden Staatsbankrott. Die patriotischen Appelle seiner Minister verklingen ungehört und für die finale Mobilmachung ist es eh zu spät... In Dürrenmatts historisch höchst unkorrekter Satire sieht ein politikmüder Herrscher dem Untergang des zivilisierten Abendlands gelassen entgegen. Selten fiel ein Imperium so schmerzfrei.

Premiere: 10.06.2022 – Schlossinnenhof | Matinée: Sonntag, 05. Juni 2022, 11:30 Uhr (Eintritt frei); weitere Termine im Juni und Juli und Eintrittspreise siehe

<http://www.schlosstheater-celle.de/>

Kids-Club:

DIE WILDEN HÜHNER GEBEN FUCHSALARM

von Cornelia Funke | für die Bühne bearbeitet von Rainer Hertwig

Wer will schon Pferde stehlen, wenn man Hühner retten kann? Sprotte, Frieda, Melanie, Trude und Wilma können es nicht fassen. Fuchsalarm! Sprottes Oma will die Hühner schlachten, die sie im Garten hält. Es ist klar, dass jetzt ein Plan her muss, um die Hühner zu retten. Nur mit vereinten Kräften ist die Rettung möglich. Dafür werden alle Bandenrivalitäten beiseite geschoben und der nötige Mut gesammelt. Schließlich geht es um Leben und Tod,

Freundschaft, Vertrauen und Zusammenhalt. Sich aufeinander verlassen zu können, wenn es mal brenzlich wird, das macht die Wilden Hühner aus, denn eines ist klar – was Hühner versprechen, das halten sie auch!

Premiere: 17.06. | Weitere Spieltermine: 18.06 (und eventuell 19.06.) HALLE 19

Jugendclub:

JUGEND OHNE GOTT

Stück von Christopher Hampton | nach dem Roman JUGEND OHNE GOTT von Ödön von Horváth

Europa im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges. Eine süddeutsche Stadt im Jahr 1935. Ein junger Lehrer, der zwischen innerem Widerstand und Opportunismus schwankt, gerät nach einem Konflikt mit einem hitlertreuen Schüler in ein Geflecht von mysteriösen Vorfällen.

Premiere: 30.06. | Weitere Spieltermine: 3.07., 07.07. HALLE 19



Duo Bela Vista

Lieder des Protestes und der Hoffnung

Das „Duo Bela Vista“ mit Claudia Lahn und Birgit Koch-Heite präsentieren Lieder aus verschiedenen Zeiten und Ländern. Lieder, die in den Herzen der Menschen sind, die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. Die Texte handeln von den Lebens- und Arbeitsbedingungen unter denen Menschen leiden, lieben und hoffen.

In allen Ländern und über Grenzen hinweg drücken diese Lieder die Hoffnung der Menschen auf eine gerechte Welt, faire Arbeitsbedingungen, Frieden und eine gesunde Umwelt aus.

Birgit Koch-Heite und Claudia Lahn wuchsen in verschiedenen Kulturen auf. Birgit wuchs im Süd Sauerland auf, Claudia in Spanisch sprachigen Ländern. Zur gleichen Zeit

aber und in unterschiedlicher Sprache begannen sie sich politisch zu engagieren: Bei Birgit sind zu Beginn Südafrika und der Antipartheitskampf zu nennen, Solidaritätsveranstaltungen und Boykott von Waren aus Südafrika. Bei Claudia die Arbeit in der Chile Solidarität nach dem Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Allende 1973 und der folgenden Militärdiktatur von General Pinochet.

Bei beiden dann die Zeit der Mobilisierung gegen die Mächtschaften der United Fruit Company, die Solidaritätsarbeit für Nicaragua und El Salvador. Beide nahmen an Ostermärschen, Friedensbewegung und Anti AKW-Bewegung teil und protestierten gegen den Bau der Startbahn West. Im Juni 1982 bereits hätten sich Birgit und Claudia in Bonn kennenlernen können, als sie gegen die Stationierung von Pershing II Raketen und Cruise-Missiles in Westeuropa demonstrierten.

Aus Anlass eines weiteren menschenverachtenden Krieges, diesmal in Europa, sind alte, aber nun leider wieder aktuelle Antikriegslieder in das Programm aufgenommen worden.

Sonntag, 16.07.2022, 19 Uhr, Buntes Haus, Eintritt frei

Buchvorstellung

„Verändern wollte ich eine Menge“

Im Mai ist das Buch vom Herausgeber:innen Kollektiv von "Gemeinsam kämpfen" über das Leben der feministischen Internationalistin Ellen Stêrk im Verlag Edition Assemblage erschienen. Das Buch gibt Einblicke in die letzten Jahrzehnte linksradikaler Bezüge und feministischer Organisationsansätze. Erzählt durch das Zusammenspiel persönlicher Briefe, emotionaler Erinnerungen und sachlicher Information.

Veranstalterin: Feministische Organisation: Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie - Ortsgruppe Celle

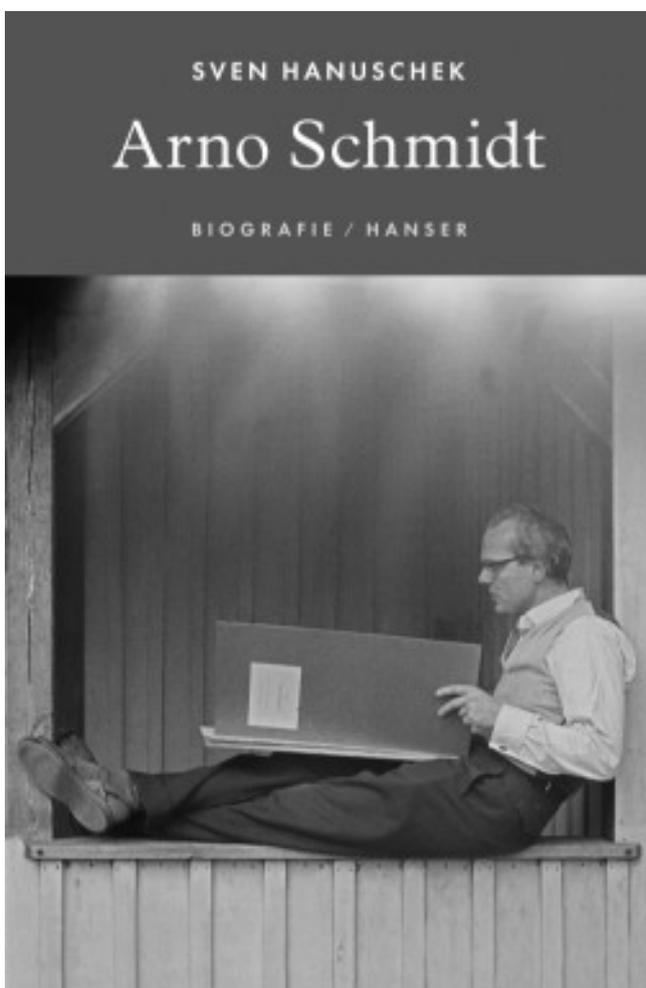
Sonntag, 12. Juni, 17 Uhr, Buntes Haus, Eintritt frei

Arno Schmidt – Die Biografie

Lesung mit dem Autor Sven Hanuschek

Er stilisierte sich zum Einzelgänger in der Heide, seine Leserschaft versteht sich bis heute als verschworene Gemeinschaft: Und doch hat es Arno Schmidt zum Klassiker der Moderne gebracht. Bis jetzt aber fehlte noch eine grundlegende Biografie, die auch dem umfangreichen Nachlass gerecht wird. Sven Hanuschek hat eine Fülle neuer Quellen aufgefunden gemacht, die einen neuen, umfassenden Blick auf Schmidts Persönlichkeit eröffnen, auch wenn sie damit manch vertraute Mythen entzaubern. Und er hilft bei der Orientierung in einem riesenhaften Werk, das zu den Höhepunkten der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts zählt.

Donnerstag, 30. Juni, 18.30, Bomann-Museum, 5 Euro





Kino 8 ½ im Juni

Fr., 03. & Sa., 04. Juni, jeweils 20.30
und Mi., 08. Juni, 19.30

Die wundersame Welt des Louis Wain

Der Brite Louis Wain (1860-1939) zählt zwar nicht zu den bedeutenden Malern der Welt, doch seine oft vermenschlichten Bilder von Katzen erfreuten sich im viktorianischen England großer Beliebtheit. Der biografische Film fokussiert auf Wains künstlerisches Werk und seine labile Gemütsverfassung, die ihn im Alter in die Armut führte. Die bisweilen recht überhöhte, mitunter zum Kitsch neigende Inszenierung des biografischen Films lebt ganz von der Kunst des Hauptdarstellers, der den exzentrischen Katzenmaler zu eindringlichem Leben erweckt.

Fr., 10. & Sa., 11. Juni, jeweils 20.30
und Mi., 15. April, 19.30

In den besten Händen

Ein Comiczeichnerin aus Paris landet nach einem Streit mit ihrer Partnerin in einem bestreikten Krankenhaus, wo sich im Frühjahr 2019 auch „Gelbwesten“-Demonstranten versammeln, die bei den gewaltsamen Protesten gegen Macrons Sozialpolitik verletzt wurden. Die vibrierend dicht inszenierte Mischung aus schwarzhumoriger Beziehungskomödie und engagiertem Sozialdrama erhebt das Krankenhaus zum metaphorischen Protagonisten, verliert über der Lust am Plakativen aber mitunter die Übersicht. Der allzu thesenhafte Film tendiert dazu, die Figuren auf Karikaturen eines Kammerspiels über altbekannte Ressentiments zu reduzieren und gelangt damit kaum über die Illustration untragbarer Verhältnisse hinaus.

Frankreich 2021 | 99 Minuten

Fr., 17. & Sa., 18. Juni, jeweils 20.30
und Mi., 22. April, 19.30

Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush

Fünf Jahre lang dauerte der Kampf der Bremer Hausfrau Rabiye Kurnaz, bis ihr Sohn Murat, der kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 als Terrorist verdächtigt und ohne Anklage im Gefangenenlager Guantanamo interniert wurde, wieder freikam. Das beherzte Drama zeichnet mit viel Esprit und Verve das Ringen der couragierten Frau mit dem lockeren Mundwerk nach, wobei der Film in ihrem trockenen Rechtbeistand einen humorvollen Kontrapunkt findet und überdies das Versagen der deutschen Behörden anprangert. In den Hauptrollen überwältigend gespielt.

Deutschland 2022 | 118 Minuten

Fr., 24. & Sa., 25. Juni, jeweils 20.30
und Mi., 29. Juni, 19.30

Das Licht, aus dem die Träume sind

Ein armer Junge aus einem indischen Dorf entdeckt seine Liebe zum Kino und beschließt allen Widerständen zum Trotz, selbst die Kunst des filmischen Erzählens zu erlernen. Mit großem Einfallsreichtum und Witz experimentieren er und seine Freunde mit altem Filmmaterial und einem alten Projektor, bis die Digitalisierung dem einen Riegel vorschiebt. Eine autobiografisch geprägte und auch nostalgisch überhöhte Liebeserklärung an den Erlebnisort Kino, die die Faszination des projizierten Lichts und die Magie der bewegten Bilder in sinnlichen Sequenzen erfahrbar macht, ohne sich in Sentimentalitäten zu verlieren.

Indien/Frankreich/USA 2021 | 112 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalb.de

Revista Minigolf Open 2022

Datum: Freitag, 12. August - Beginn: 16.00 Uhr

Ort: Anlage des 1. Bahnen-Golf-Club (BGC) Celle von 1964 e.V.,
der 77er Straße direkt neben dem Badeland

Format: gespielt wird eine Runde nach Hobby-Regeln, also z.B. mit dem Bahnball.

Neben der Einzel gibt es eine Teamwertung, wobei die Teams von jenen angeführt werden, die letztes Jahr die ersten Plätze belegten & dann geht's ab ins Schulhoftrauma: Es wird gewählt.

Ach so: Da das Ganze einem guten Zweck dienen soll – nämlich der Finanzierung dieser supertollen Zeitschrift –, wird ein Startgeld in Höhe von 10 EUR erhoben.

Bisherige Sieger:innen: Dawn (2015), Schmitty (2016), Moni (2017), Ewu (2018), Conny (2019),

Deti (2020), Reinhard (2021)



Termine in und um Celle

Sa., 04. Juni, 15.00

Global Degroth Day – Tag des guten Lebens // Fahrraddemo

Veranstalter:in: Klimaplattform

Start: Stechbahn

Sa., 04. Juni, 15.00

Der To

CD Kaserne, Innenhof, ab 17,50

Fr., 10. Juni, 18.30

Spätlese – rot & trocken

Politisch & poetischer Folk

Heimvolkshochschule Hustest,
Eintritt frei

Fr., 10. Juni, 19.00

Jazz Session mit Dima Mondello

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 10. Juni, 19.00

Was Nun - Jazzsextett

CD Kaserne, Innenhof, ab 18,00

Sa., 11. Juni, 20.00

Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 11. Juni, 20.00

La – Le - Lu

CD Kaserne, Innenhof, ab 29,60

So., 12. Juni, 17.00

Buchvorstellung: Verändern wollte ich eine Menge - aus dem Leben der Internationalistin Ellen Stêrk

Buntes Haus Celle, Eintritt frei

Sa., 18. Juni, 19.30

Friday Night Trio - mit Henning Rümenapp, Christos Mamalitsidis und Kai Thomsen

CD Kaserne, Innenhof, ab 23,00

So., 19. Juni, 16.30

Kino achteinhalb präsentiert "Emmas Glück" - gespielt von der Freien Bühne Wendland

CD Kaserne, Innenhof, ab 20,00

Do., 23. Juni, 19.00

Film: Before the Flood

BI Flotwedel

Braugasthaus Mühlengrund, Wienhausen, Eintritt frei

Sa., 25. Juni, 19.30

Hellfire

CD Kaserne, Innenhof, ab 19,00

So., 26. Juni, 15.00

List liest ... aus „Autokorrektur“

Parkpalette Hallenbad, siehe S. 20

30. Juni, 18.30

Arno Schmidt – Die Biografie

Lesung mit Sven Hanuschek

Bomann-Museum, 5,00

01. Juli, ????

Fridays for Future Demo

jedenfalls höchstwahrscheinlich

Sa., 02. Juli, 15.00

The Keltics - 4 Kids

CD Kaserne, Innenhof, 3,00

Sa., 02. Juli, 18.00

The Keltics

CD Kaserne, Innenhof, 19,00

Di., 05. Juli, 19.00

Stammtisch der Klimaplattform (zu: Landwirtschaft)

Leisewitz Garten, Wittinger Straße

Fr., 08. Juli, 18.00

Mama's Cocking

CD Kaserne, Innenhof, 14,00

Fr., 15. Juli, 19.00

Ambitious Blue & mTp

CD Kaserne, Innenhof, ab 12,00

Sa., 16. Juli, 19.00

Duo Bela Vista

mehr auf Seite 30

Buntes Haus, Eintritt frei

Fr., 29. Juli, 18.00

Dead Pac

CD Kaserne, Innenhof, Eintritt frei

Fr., 29. Juli, 18.00

Elisabeth Cutler & Leander Reininghaus - im Vorprogramm - Sarah Fischer & Volker Merten

Südheidehof Scharnhorst

Sa., 30. Juli, 19.30

Mutz & The Blackeyed Banditz

CD Kaserne, Innenhof, ab 20,00

Fr., 12. August, 16.00

revista Minigolf Open

1. Bahnen-Golf-Club (BGC), 77er Straße – mehr auf S. 31

Sa., 20. August, 20.00

Bounce

CD Kaserne, Innenhof, ab 20,00

Fr., 22. und Sa., 23. Juli

Südwinen festival

Umsonst und draußen

mit Tequila and the Sunrise Gang, Abi Wallenstein's Blues Culture, Maggies Farm, The Drowns, Lutopia Orchestra, The Tips, Donkeyhonk Company, Love Buzz, Kwirl, Braunschweig Pension ...

Südwinen

Sa., 20. August 2022

Bockpalast

Bockelskamp

Fr., 26. August, 19.00

The Blooze

Scharnhorst, Südheidehof, Eintritt frei

So., 28. August, 15.00

Sommerfest der Klimaplattform

mit Stars in Bars (ab 17.30)

CDK – Innenhof, Eintritt frei

####

Redaktionsschluss für die #111 ist Mittwoch, der 17. August